

# 124. Sitzung

am Dienstag, dem 16. April 2013, 14.00 Uhr,  
in München

Geschäftliches..... 11665

**Geburtstagswünsche** für den Abgeordneten  
**Hermann Imhof** ..... 11665

**Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO** auf Vorschlag der Fraktion FREIE WÄHLER  
**"Dauerbaustelle G 8 - keine weiteren Schlaglöcher stopfen, sondern vernünftige Alternativen schaffen: Wahlfreiheit G 8/G 9"**

- Günther Felbinger (FREIE WÄHLER)..... 11665
- Georg Eisenreich (CSU)..... 11666
- Martin Güll (SPD)..... 11668
- Thomas Gehring (GRÜNE)..... 11670 11671
- Renate Will (FDP)..... 11671 11673
- Berthold Rüth (CSU)..... 11673 11674
- Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER)..... 11674
- Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle..... 11676

**Gesetzentwurf** der Staatsregierung  
**zur Änderung des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Drs. 16/16311)**  
- Erste Lesung -

Verweisung in den Dienstrechtsausschuss..... 11678

**Gesetzentwurf** der Staatsregierung  
**zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (Drs. 16/16310)**  
- Erste Lesung -

- Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle..... 11678
- Karin Pranghofer (SPD)..... 11679
- Eduard Nöth (CSU)..... 11679 11680

- Eva Gottstein (FREIE WÄHLER)..... 11680
- Thomas Gehring (GRÜNE)..... 11681
- Renate Will (FDP)..... 11682

Verweisung in den Bildungsausschuss..... 11683

**Abstimmung**  
**über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 1)**

Beschluss..... 11683

**Antrag** der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
**Einzelbetriebliche Investitionsförderung (Drs. 16/15536)**

Beschlussempfehlung des  
Landwirtschaftsausschusses (Drs. 16/16259)

- Adi Sprinkart (GRÜNE)..... 11683 11686 11688
- Jürgen Ströbel (CSU)..... 11685 11685 11686
- Maria Noichl (SPD)..... 11686
- Ulrike Müller (FREIE WÄHLER)..... 11687
- Thomas Dechant (FDP)..... 11687 11688

Namentliche Abstimmung..... 11688

Ergebnis der namentlichen Abstimmung (s. a. Anlage 2) ..... 11690

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten

Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Bernhard Roos u. a. und Fraktion (SPD),  
Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),  
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber und Fraktion (FREIE WÄHLER)

**Auflösung der Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Energiewende in Bayern**  
(Drs. 16/15543)

Beschlussempfehlung des  
Verfassungsausschusses (Drs. 16/16256)

Ludwig Wörner (SPD).....	11689	11690	11692
Ludwig Hartmann (GRÜNE).....	11690		
Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER).....	11691		
Tobias Reiß (CSU).....	11691	11693	
Tobias Thalhammer (FDP).....	11693		
Namentliche Abstimmung (s. a. Anlage 3).....	11694		
Schluss der Sitzung.....	11694		

(Beginn: 14.01 Uhr)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie einladen, an der Sitzung des Bayerischen Landtags teilzunehmen. Ich eröffne die 124. Vollsitzung. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegeheimung gebeten. Diese wurde erteilt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich dem Kollegen Imhof herzlich zu einem runden Geburtstag gratulieren, den er heute feiert – mit uns als Gästen, Herr Imhof.

(Beifall)

Ich trinke Weißbier, Herr Imhof! Jetzt hört er wieder nicht zu. Ich trinke Weißbier.

(Zuruf von der CSU: Ich auch!)

- Wir beide trinken Weißbier. Herzlichen Glückwunsch!

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der Fraktion FREIE WÄHLER  
"Dauerbaustelle G 8 - keine weiteren Schlaglöcher stopfen, sondern vernünftige Alternativen schaffen: Wahlfreiheit G 8/G 9"**

In der Aktuellen Stunde dürfen, wie Sie wissen, die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Die weiteren Regularien sind wie immer.

Erster Redner in der heutigen Aktuellen Stunde ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Kollege Felbinger. Ich darf Sie um Aufmerksamkeit bitten. Herr Felbinger hat das Wort.

**Günther Felbinger (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Minister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das G 8 kommt nicht zur Ruhe.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das ist keine Feststellung von mir, sondern ich zitiere aus der Titelseite des "Münchner Merkur" vom 13. Juli 2012, also acht Jahre nach dessen Einführung im Schuljahr 2004/2005. In einer chronologischen Aufzählung werden die Startschwierigkeiten ebenso wie die vielen dann auftretenden Schlaglöcher präsentiert. Es ist dies die Beschreibung einer Dauerbaustelle G 8, die in Bayern schon vor der eigentlichen Einführung im Jahr 2004/2005 begonnen hat, nämlich mit der Entscheidung des damaligen Ministerpräsidenten

Stoiber, in einer Nacht- und Nebelaktion das G 8 konzeptlos und ohne Vorbereitung einzuführen.

Ich bin überzeugt, meine Damen und Herren, wenn wir eines daraus gelernt haben, dann das: Überzogener Ehrgeiz sowie Selbstüberschätzung eines selbstherrlichen Ministerpräsidenten dürfen in Bayern nie wieder überfallartig eine sogenannte Bildungsreform verordnen,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

vor allem dann nicht, wenn diese Reform eine bis dato sehr gut funktionierende und florierende Schulart schwer beschädigt. Ich wähle bewusst diese deutlichen Worte und spreche von Schaden;

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

denn wir alle haben diese Entscheidung von Anfang an als schlimm empfunden. Ich erlebte als Abgeordneter in den letzten viereinhalb Jahren – die Oppositionskollegen noch viel länger – die verzweifelten Versuche, Loch um Loch dieses unüberlegten Konzeptes zu stopfen und mit Pinselstrich um Pinselstrich die Dellen und Unzulänglichkeiten zu übermalen.

Meine Damen und Herren, ich sprach eingangs von einer Baustelle, die viele Schlaglöcher hat, die sich mittlerweile zu einem Schadensbericht summieren. Wir alle wissen, wie wichtig Bildung für unser Land ist und dass wir alle Bildungsreserven mobilisieren müssen, um Deutschland und Bayern weiter an der Spitze der Industrienationen halten und damit auch unseren sozialen Frieden bewahren zu können. Ich habe lange gemeint, man sieht diese Notwendigkeit auch in Bayern. In der Tat wurde die Hauptschule massiv um ein neuntes und sogar um ein zehntes Schuljahr aufgewertet. Das war richtig. Die Realschule wurde massiv um zwei Schuljahre aufgewertet. Auch das war richtig. Es war aber absolut falsch, das Gymnasium um ein ganzes Jahr zu kürzen und dabei zu glauben, dessen Schülerinnen und Schüler könnten den gewachsenen und noch wachsenden Anforderungen der Zukunft genügen, ohne den notwendigen umfangreichen Veränderungen im Stundenplan Rechnung zu tragen.

Nach meiner festen Überzeugung wäre genau das Gegenteil richtig gewesen, nämlich das Gymnasium inhaltlich fortzuentwickeln, um dessen Schülerinnen und Schüler fit zu machen für die Aufgaben der Zukunft. Schließlich bildet das Gymnasium den größten Teil derjenigen aus, deren Kreativität, Originalität und soziale Kompetenz einmal den materiellen Wohlstand unseres Landes und den sozialen Wert unserer Gesellschaft entscheidend mitbestimmen und weiterentwickeln sollen.

Es wurde in einem ersten Schritt völlig übersehen, dass die gut funktionierende Verbindung von Wohnort und Schulort unterbrochen wurde, indem man die gleiche Zahl von Unterrichtsstunden des neunjährigen Gymnasiums komprimiert auf das achtjährige übertragen hat.

Die "Süddeutsche Zeitung" zitiert am 17. März dieses Jahres unter dem Titel "Flucht vor dem Gymnasium" den Schulleiter des Veit-Höser-Gymnasiums im niederbayerischen Bogen: "Schüler, die um 15.00 Uhr Unterrichtsschluss haben, müssen bei uns unter Umständen bis 16.45 Uhr warten."

Ein weiteres Beispiel, das Gymnasium in Pfarrkirchen: Der Schulbus kann nur ein einziges Mal in der Woche am Nachmittag fahren. Alle Nachmittagsstunden müssen auf diesen Nachmittag gelegt werden.

Ich habe den Eindruck, dass die Verantwortlichen die Schulwegproblematik überhaupt nicht gesehen haben.

Der nächste Fehler: Es gibt kein Konzept, welche Organisationsform das G 8 haben sollte, ob Ganztagschule oder Schule mit erweitertem Vormittagsunterricht. Viele offene Fragen kamen auf die Schulleiter zu, die - das muss man sagen - dafür gesorgt haben, dass das in den letzten Jahren einigermaßen funktioniert hat.

Eine ganz wichtige Sache, die sich ausgewirkt hat, ist das Übertrittsverhalten. Es hat sich vor allem auf die Gymnasien auf dem Land ausgewirkt. Wenn man die Übertrittsquoten betrachtet, die ja objektiv nachprüfbar sind, muss man feststellen, dass es landesweit 39,5 % sind, im Landkreis München 63,5 %, im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen 25,1 %. Zwei Zahlen machen mich nachdenklich, meine Damen und Herren, nämlich die Zahl der Landkreise München und Neuburg-Schrobenhausen. Einerseits leben die bildungsnahen Schichten auch um München herum. Aber sind alle diese Kinder wirklich so viel mehr für das Gymnasium geeignet?

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Herr Kollege Felbinger, schauen Sie bitte auf die Uhr.

**Günther Felbinger (FREIE WÄHLER):** Andererseits, verbauen wir Schülerinnen und Schülern in Neuburg-Schrobenhausen denn nicht die Chance? - Okay. Wenn meine Redezeit zu Ende ist, dann lasse ich es mal dabei.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Vielen Dank, Herr Kollege Felbinger. Nächster Redner ist Herr Ei-

senreich. Bitte schön, Herr Kollege Eisenreich. Fünf Minuten! – Entschuldigung, die CSU-Fraktion hat für Herrn Eisenreich zehn Minuten beantragt. Bitte schön.

**Georg Eisenreich (CSU):** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Man merkt, der Wahlkampf hat begonnen – zumindest bei der Opposition.

(Unruhe bei der SPD und den FREIEN WÄHLER – Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

– Bei uns nicht. Wir haben noch Zeit. Ich glaube, dass die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land gut bewerten können, was wirklich durchdachte Vorschläge sind, um etwas voranzubringen,

(Harald Güller (SPD): War das G 8 durchdacht?)

oder ob man Wahlkampf macht. Das können wir den Bürgerinnen und Bürgern ruhig überlassen. Sie werden das richtig werten.

Unser Ziel ist es, dass jeder Schüler entsprechend seiner Begabung einen Weg zu einem bestmöglichen Abschluss findet. Wir brauchen jede Schülerin, jeden Schüler. Wir brauchen jedes Talent. Deswegen ist es immer der Mühe wert, zu diskutieren, sich auszutauschen, wie man Schule verbessern und gestalten kann.

Bevor ich auf das Gymnasium und auf die aktuelle Debatte eingehe, möchte ich etwas Grundsätzliches sagen. Das gerechteste und beste Schulsystem besteht dann, wenn es öffentliche Schulen von hoher Qualität gibt. Das bayerische Gymnasium ist das Flaggschiff in Bayern. Wenn es irgendwann bei uns englische oder amerikanische Verhältnisse gäbe, bei denen die guten und teuren Schulen die privaten und die schlechten und kostenlosen Schulen die öffentlichen sind, dann hätte die Bildungspolitik tatsächlich versagt.

Dies ist in Bayern nicht der Fall. Denn in Bayern haben wir gute öffentliche Schulen von hoher Qualität. Wer wie die Opposition immer wieder die Axt an die Qualität der Schulen legt, insbesondere beim Gymnasium, und Gemeinschafts- und Einheitsschulen einführen will, schadet der Bildung und der Chancengerechtigkeit in diesem Land.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie haben die Axt geführt! Sie haben das Fundament zerstört!)

- Herr Aiwanger, beruhigen Sie sich doch bitte! Sie sind auch noch dran.

CSU und FDP stehen für Qualität, für Bildungs- und Chancengerechtigkeit in diesem Land.

Das Gymnasium hatte große Herausforderungen zu bewältigen. Neben dem G 8 gab es das G 9. Es gab eine neue Konzeption des Lehrplans, eine stärkere Öffnung nach außen und einen doppelten Abiturjahrgang. Die Schulen, die Eltern, Lehrer und Schüler haben diese Situation gut gemeistert. An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Beteiligten herzlich dafür bedanken.

Die Staatsregierung, das Kultusministerium und wir im Bildungsausschuss und im Bayerischen Landtag haben dann Bilanz gezogen. Wir haben uns berichten lassen, Anhörungen durchgeführt und darüber diskutiert. Das Ergebnis war: Das achtjährige Gymnasium hat sich bewährt. Beim G 8 geht es nicht nur um die Verkürzung der Schulzeit, sondern auch um eine neue Konzeption. Es geht um eine Stärkung des Grundwissens, der Kernfächer und der Kernkompetenzen. Es geht um eine inhaltliche Weiterentwicklung, um eine Öffnung der Schulen nach außen und um eine Verbesserung der Förderung. Wir haben erreicht, dass sich die Übertrittsquoten erhöht haben und die Zahl der Pflichtwiederholer abgenommen hat. Die Abiturientenquote hat sich erhöht.

Immer wieder sollte man betonen, dass Bayern im Vergleich mit den anderen Ländern die höchste Quote an Schülern hat, die an die Universität wechseln. Wir haben also die höchste Quote des Übergangs zur Universität.

Im Sommer letzten Jahres haben wir auf Initiative unseres Ministerpräsidenten die Frage untersucht, ob wir mit dem Erreichten zufrieden sein können. Wir haben gefragt: Brauchen wir weitere Maßnahmen? In der Staatskanzlei wurden zwei Runden Tische veranstaltet. Dabei ist ein relativ eindeutiges Ergebnis herausgekommen: Wir brauchen keine Strukturänderungen, sondern eine Verbesserung der Ausstattung, und wir brauchen für die Schulen mehr und flexiblere Gestaltungsmöglichkeiten. Genau diese sind im letzten Sommer auch noch geschaffen worden.

Zu der bereits eingeführten Mobilen Reserve ist auch noch die integrierte Lehrerreserve gekommen. Das war ein großer Wunsch der Lehrer und Eltern schon seit Jahren. Die integrierte Lehrerreserve wird bis Ende 2014 an allen staatlichen Schulen eingeführt.

Des Weiteren gibt es für die Schulen Möglichkeiten, sowohl die Förderung zu intensivieren und zu stärken als auch neue Gestaltungsformen zu verwirklichen, zum Beispiel durch die Einführung des Flexibilisierungsjahres.

Es kommt noch die Frage auf – unabhängig vom Wahlkampf -: Reichen die bisherigen Maßnahmen aus? Ist noch etwas Neues notwendig? Darauf gebe ich eine ganz klare Antwort: Was jetzt notwendig ist, ist Ruhe an den Schulen, einfach Ruhe, weiter nichts.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Es wird aber wieder unruhig!)

- Herr Aiwanger, auch Ihnen wird Ruhe guttun. Ein hoher Blutdruck schadet der Gesundheit.

Die Bürgerinnen und Bürger, auch der Großteil der Eltern und der Lehrer wollen Ruhe an den Schulen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Landeselternvereinigung der Gymnasien, die erst vor Kurzem ihre Landesversammlung durchgeführt hat, hat sich mit der Problematik G 8/G 9 beschäftigt und mit großer Mehrheit gesagt, man wolle kein G 9, auch keine Wahlfreiheit, sondern Ruhe an den Schulen, damit mit dem Mehr an finanziellen Mitteln und dem Mehr an Möglichkeiten eine verbesserte Förderung der Schüler erreicht werden kann.

Wir brauchen noch etwas, Herr Aiwanger. Sie setzen sich für den ländlichen Raum ein. Wir müssen eine Vielfalt an Ausbildungsrichtung und Sprachenfolge des gymnasialen Angebots sicherstellen, und zwar nicht nur in den Großstädten – da ist es besonders leicht, weil genug Schüler vorhanden sind -, sondern auch im ländlichen Raum. Die Möglichkeiten hierzu würden durch eine Wahlfreiheit zwischen G 8 und G 9 massiv eingeschränkt. Dies müssen Sie den Schülern, den Eltern und Bürgern erst einmal verkaufen.

Wir wollen kein Gymnasium, das keine Vielfalt mehr anbietet, sondern wir wollen – das ist gerade ein Ziel des achtjährigen Gymnasiums – eine Vielfalt der Angebote und eine Öffnung der Schulen.

Des Weiteren brauchen wir Direktoren, Lehrerkollegien, Elternvertreter, Schülervertreter, die das Mehr an Möglichkeiten und Mitteln sinnvoll umsetzen. Wir haben mit der integrierten Lehrerreserve und dem, was zusätzlich an Mitteln kommt, erweiterte Möglichkeiten geschaffen.

Wie ich bereits sagte, brauchen wir Direktoren, Elternvertreter, Schülervertreter und Lehrerkollegien, die die Möglichkeiten nutzen. Diese Personen brauchen dafür keine verordneten Strukturveränderungen, sondern Ruhe. Ruhe ist notwendig, um die Möglichkeiten nutzen zu können.

Deswegen kommt Ihr Vorschlag zur Unzeit. Sie machen dabei immer wieder den gleichen Fehler. Ob

SPD, GRÜNE oder FREIE WÄHLER – statt das Mehr an Geld, welches natürlich immer begrenzt ist, für echte Verbesserungen zu nutzen, die den Schülerinnen und Schülern zugutekommen, wollen Sie Unruhe stiften und das Geld für unnötige Strukturveränderungen verschwenden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie stiften Unruhe!)

Das will die große Mehrheit in diesem Land aber nicht.

Deswegen sagen wir von der CSU: An den Gymnasien haben wir jetzt bewährte Verhältnisse. Die Situation ist gut. Nachdem wir die Gestaltungsmöglichkeiten verbessert und an den Schulen Frühwarnsysteme und verbesserte Fördermöglichkeiten eingeführt haben, wollen wir den Gymnasien die Ruhe geben, die sie brauchen. Das ist jetzt der richtige Weg.

Ich spreche jetzt das eigentliche Ziel der Oppositionsparteien an. Wer die Programmatik der GRÜNEN und der SPD, die so tun, als ob sie sich um das Gymnasium besonders kümmern, liest, stellt fest: Sie wollen keine Verlängerung der Gymnasialzeit, sondern eine Verstümmelung und Verkürzung dieser Zeit. Ihnen wären eine Gemeinschaftsschule und danach ein G 3 am liebsten. Dieses G 3 wäre eine gymnasiale Oberstufe. Eine solche Lösung sollten sich die Eltern und Lehrer noch einmal vor Augen führen. Damit wird keine Verlängerung der Gymnasialzeit vorgeschlagen, sondern das eigentliche Ziel ist eine zehnjährige Gemeinschaftsschule und danach ein G 3. Dies wollen wir definitiv nicht. Wir werden uns dagegen wehren.

Nur die CSU und die FDP stehen zu einem bayerischen Gymnasium mit hoher Qualität. Darauf können sich die Bürger verlassen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Der nächste Redner ist Herr Kollege Güll. Auch für ihn wurde eine Redezeit von zehn Minuten beantragt. Nach ihm spricht Kollege Gehring.

**Martin Güll (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es mag ja etwas daran sein. Aber wenn gesagt wird, nur die CSU stehe für das Gymnasium, dann müssen wir dem entgegenhalten: Nur die CSU steht für Chaos, was das Gymnasium betrifft.

(Beifall bei der SPD)

Lieber Kollege Eisenreich, das Hohe Haus hält keine Märchenstunde ab. Wenn beim Thema Gymnasium

immer wieder versucht wird, auch von Gemeinschaftsschulen zu sprechen und in die Diskussions Teilnehmer einen Keil zu treiben, dann ist das ein Vorgang, den niemand erklären kann.

Weitere Vorbemerkung: Wer hat die Unruhe ins Gymnasium gebracht? War das die linke oder die rechte Seite dieses Hauses?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Wenn ich mich recht entsinne, regieren in Bayern die CSU und ein bisschen auch die FDP. Das, was wir jetzt in den Schulen haben, ist das Produkt der CSU und der FDP und nicht der Oppositionsparteien. Ihr habt das Chaos und die Unruhe zu verantworten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Sie, Herr Kultusminister, sind doch die offene Flanke der CSU. Sie sind der Minister, der Ideen und Konzepte bringt – das ist jetzt vielleicht das falsche Wort, aber sagen wir es einmal so -, die überhaupt nicht wirken, sondern zum Chaos führen. Sie sind der Minister, der den Menschen nicht mehr erklären kann, wie es in den Schulen zugeht und was in den Schulen gemacht werden soll. Schüler, Eltern und Lehrer verstehen Ihre Politik gar nicht mehr. Das gilt, glaube ich, auch für die Verbände in ihrer großen Zahl, und ich vermute fast, dass auch die rechte Seite dieses Hauses, die CSU, Ihre Politik für das Gymnasium langsam nicht mehr versteht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und den GRÜNEN)

Dass diese Einschätzung nicht so falsch sein kann, sieht man daran, dass sich der Ministerpräsident im Juli vergangenen Jahres bemüht gefühlt hat, das Heft in die Hand zu nehmen und das Gymnasium zur Chefsache zu erklären.

Sie, Herr Kultusminister Dr. Spaenle, haben die Sorgen und Nöte, die Ängste der Eltern, Schüler und Lehrer nie richtig ernst genommen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie haben nie zugehört, wo die Belastungen in diesem G 8, diesem Schnellschuss, wirklich liegen, nämlich in der hohen Stundenbelastung und in der Fächerdichte. Sie haben nie zur Kenntnis genommen, dass das ein unzumutbarer Zustand für viele Schülerinnen und Schüler ist.



Das beste Beispiel ist das Flexi-Jahr. Ich weiß nicht, ob irgendjemand in diesem Haus erklären kann, was das ist. Das ist auch nicht wichtig. Ab dem 15. September wird es Geschichte sein. Wir werden dafür sorgen, dass das nie in den bayerischen Gymnasien verwirklicht wird.

(Beifall bei der SPD)

Kurzum: Das, was Sie gerade in Bezug auf das Gymnasium machen, ist mit dem Wort "Murks" noch schön beschrieben. Das kann man den Eltern, Schülern und Lehrern nicht ernsthaft anbieten.

Deshalb hat die SPD bereits vor einem Jahr – also nicht heute, gestern oder vorgestern – gesagt: Die Lösung wird im Gymnasium der zwei Geschwindigkeiten, also im Wahlrecht zwischen der einen und der anderen Form, liegen. Deshalb können wir die Forderung der FREIEN WÄHLER unterstützen und sehen Gemeinsamkeiten bei der grundsätzlichen Ausrichtung des Wahlrechts.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER) - Thomas Hacker (FDP): Das war vor zwei Wochen aber noch ganz anders! - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Kein Jahr wird es dauern, dann habt ihr umgeschwenkt!)

Das kann man dann auch im Protokoll nachlesen.

Richtig ist und wird sein: Die SPD wird bis zum 15. September nicht nachlassen, diese Frage zu thematisieren und mit den Eltern, Schülern und Lehrern darüber zu reden, wie man das Gymnasium in Bayern richtig und gut aufstellen muss.

Der Wahltag wird der Volksentscheidstag sein. Das Volk wird am 15. September entscheiden, welche Form des bayerischen Gymnasiums wir haben. Das Volk wird wollen, dass es flexible Formen und verschiedene Lernzeiten gibt. Das wird sich durch das Gymnasium der zwei Geschwindigkeiten zeigen.

Es gibt Kinder und Jugendliche, die nicht die gleichen Potenziale haben wie andere und deshalb mehr Zeit brauchen, um zu einem Ziel zu kommen. Dem müssen wir Rechnung tragen und verschiedene Lernzeiten durch das Wahlrecht für das Gymnasium der zwei Geschwindigkeiten umsetzen.

Es gibt wohl Kinder und Jugendliche – das wollen wir gar nicht bestreiten -, die in acht Jahren zum Abitur kommen können. Warum denn auch nicht? Das ist doch in Ordnung. Aber damit man dieses Ziel auf einem pädagogisch sinnvollen Weg erreichen kann, wird man dazu kommen müssen, die verkürzte Form,

also das G 8, in einer gebundenen Ganztagsform anzubieten. Das ist eine Option, die man in Bayern wohl verwirklichen kann.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Das werden wir sofort in Angriff nehmen. Wir werden unmittelbar nach dem 15. September ein Ganztagsgymnasium pro Landkreis einführen.

Es wird aber auch Schülerinnen und Schüler geben, die einfach mehr Zeit brauchen, weil deren Potenziale und Lerngeschwindigkeiten eben andere sind. Diese Schülerinnen und Schüler dürfen auch länger brauchen. Aber sie brauchen nicht den Murks des Flexi-Jahres, sondern sie brauchen eine längere Lernzeit für die gesamte Lernstrecke. Das ist die Möglichkeit, das G 9 richtig anzubieten.

Niemand will zurück zum alten G 9, niemand auf der linken und niemand auf der rechten Seite. Das ist richtig. Deshalb ist es unabhängig von der Laufzeit des Gymnasiums wichtig – und das ist leider Gottes seit 2004 niemals geschehen -, noch einmal über die inhaltliche Neuausrichtung des Gymnasiums zu reden und sich darüber auszutauschen. Es ist auch notwendig, noch einmal über die Lernformen des Gymnasiums zu reden, und es ist notwendig, das pädagogisch gute Instrument des gebundenen Ganztagsgymnasiums möglichst schnell möglichst vielen Schülerinnen und Schülern anzubieten.

Deshalb sage ich: Wir werden im September beginnen, zusammen mit den Eltern, Lehrern und Schülern genau diese Fragen in den Blick zu nehmen,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Haben wir schon!)

diese Baustellen in den Blick zu nehmen und sie einer vernünftigen Lösung zuzuführen, damit das Chaos aufhört, damit eine echte und nachhaltige Ruhe ins Gymnasium kommt. Das haben unsere Schülerinnen und Schüler weiß Gott verdient.

(Beifall bei der SPD)

Herr Dr. Spaenle, so macht man Bildungspolitik: mit den Menschen zusammen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ein ehrliches Monitoring, das Sie uns immer als Erfindung der CSU verdeutlichen, benennt die Baustellen klar und deutlich. Wenn die Baustellen klar und deutlich benannt sind – und sie sind doch auf dem Tisch -, dann geht man an die Lösungen heran. Man sucht

nach tragfähigen Lösungen und überlegt gemeinsam, wie man das Gymnasium für die nächsten 20, 30 Jahre wieder in ruhiges Fahrwasser bringt. Das müssen und werden wir gemeinsam mit der linken Seite des Parlaments hibekommen, also mit den Parteien der heutigen Opposition. Ich bin sicher, alle, die auf dieser Seite sitzen, haben genügend Potenzial und genügend Gemeinsamkeiten, das auf die Schiene zu setzen. Wir werden beweisen, dass wir Schulpolitik besser können und zum Wohle der Kinder auch entsprechend umsetzen.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Bevor ich Herrn Gehring das Wort gebe, darf ich mit Freude Herrn Kollegen Sackmann nach längerer krankheitsbedingter Abwesenheit an seiner alten Wirkungsstätte begrüßen und ihm alles Gute wünschen.

(Allgemeiner Beifall)

Nächster Redner ist Herr Gehring. Wir fahren in der Aussprache im Rahmen der Aktuellen Stunde fort.

**Thomas Gehring (GRÜNE):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir reden heute über fast das gleiche Thema wie am letzten Donnerstag. Weil sich zumindest bei uns GRÜNEN seitdem nicht so viel verändert hat und die bayerische Schullandschaft noch die gleiche ist,

(Beifall der Abgeordneten Renate Will (FDP))

will ich mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten etwas aus meiner letzten Rede zitieren. Ich habe gesagt – ich sage es heute mit mehr Betonung denn je –, dass wir kein Gymnasium mehr wollen, das Druck macht, sondern ein Gymnasium, das Mut macht, das die anfängliche Begeisterung der Schülerinnen und Schüler für das Lernen erhält und nicht das bloße Pauken und die Wiedergabe von Lerninhalten in den Mittelpunkt stellt. Deswegen wollen wir eine neue Lern- und Leistungskultur aufbauen, die ein besseres Lernen und eine individuelle Förderung in den Mittelpunkt stellt. Wir werden das Gymnasium zusammen mit den Praktikern weiterentwickeln, die trotz der anderslautenden Politik aus München oft schon vor Ort gute Modelle entwickelt haben. – Mit dieser Aussage werden wir in die Wahlauseinandersetzung gehen, und ich bin davon überzeugt, dass wir sie im Herbst auch Realität werden lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Kuschelrunden des letzten Jahres – zunächst bei Herrn Minister Spaenle und dann beim Herrn Ministerpräsidenten

Seehofer – zum Thema Gymnasium, die Ruhe in die Debatte bringen sollten, haben das eben nicht erreicht. Sie haben diese Ruhe nicht gebracht; die Unzufriedenheit ist nach wie vor hoch, und die Baustellen sind nicht geschlossen. Da haben die FREIEN WÄHLER mit dem Titel ihrer Aktuellen Stunde wirklich recht.

Das beste Beispiel ist das berühmte Flexibilisierungsjahr. Man versteht es einfach nicht. Ich will mich selber gar nicht als Maßstab nehmen. Ich bin eher einer von der langsamen Denkersorte. Aber wenn ich mich mit Lehrerinnen und Lehrern, mit Schulleitern und Eltern unterhalte, dann erfahre ich, dass diese nicht verstehen, wie das geht, und nicht sehen, mit welchen Mitteln und Instrumenten dies umgesetzt werden soll.

Da geht es einem dann wie beim IKEA-Regal. Wenn man schon die Gebrauchsanweisung nicht versteht, die Schrauben nicht passen und die Teile nicht zusammenpassen, dann wirft man es schließlich in die Garage und irgendwann später auf den Wertstoffhof. So wird es mit dem Flexi-Jahr auch sein.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Es geht tatsächlich um die individuelle Lernzeit. Individuelles Lernen heißt nicht, dass die einen ein Jahr länger brauchen und die anderen entsprechend weniger lang, sondern dass sie wirklich individuell ist. Jeder hat sein eigenes Lerntempo. Es gibt Modelle, die zeigen, wie individualisiertes Lernen möglich ist. Damit braucht man aber auch eine individuelle Leistungserhebung; denn nicht alle sollten dann zur gleichen Zeit das Gleiche wissen müssen. Auch brauchen wir individuelle Lernpläne. Wir brauchen also keine Lehrpläne mehr, sondern Lernpläne.

Damit steht eine große Aufgabe vor uns. Wir müssen das Gymnasium so umgestalten, dass es dort tatsächlich um ein Lernen in Zusammenhängen geht; denn man kann den Sinn der Welt nur erkennen, wenn man auch in Sinnzusammenhängen lernt und nicht wie heute oft in einer sinnlosen Aneinanderreihung von einzelnen Fächern und einzelnen Stunden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abgeordneten Tanja Schweiger (FREIE WÄHLER))

Wir GRÜNE haben einen klaren Kurs und wissen, wie wir uns eine Bildungsreform in Bayern vorstellen.

Nun muss ich doch noch ein paar Sätze zu den lieben Kolleginnen und Kollegen der FREIEN WÄHLER sagen, weil ich glaube, dass man unter politischen Freunden Dinge manchmal offen und ehrlich ansprechen muss.



(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Nur!)

Erstens. Sie wollen jetzt ein Volksbegehren durchführen. Sie wissen alle, dass Volksbegehren nicht haushaltsrelevant sein dürfen. Da frage ich mich schon: Wie wollen Sie eine Doppelstruktur von G 8 und G 9, die unweigerlich mehr Mittel erfordert, haushaltsneutral gestalten? Wollen Sie die schlechte Unterrichtsausstattung dann auf ein G 8/G 9 ausweiten, sodass aus der schlechten Ausstattung eine grottenschlechte wird?

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP)

Zweitens bin ich schon ein bisschen erschrocken, als ich heute in der Zeitung das Zitat des Kollegen Felbinger gelesen habe, die FREIEN WÄHLER hätten noch kein Konzept. – Ich bin nicht erschrocken, weil die FREIEN WÄHLER noch kein Konzept haben.

(Beifall bei der FDP - Dr. Andreas Fischer (FDP): Das ist ja bekannt!)

Vielmehr ging es mir darum, dass Sie gesagt haben, Sie hätten noch kein Konzept, Sie wollten jetzt ein Volksbegehren und dann überlegen, wie man es macht. Da muss ich sagen: Damit nehmen Sie das Instrument eines Volksbegehrens oder Volksentscheids nicht ernst.

(Beifall bei den GRÜNEN - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das war bloß eine Finte, um euch in die Falle zu locken!)

"Volksbegehren" heißt: Aus der Bürgerschaft wird ein Konzept, ein Gesetzentwurf, entwickelt, und das Volk tritt dann als Gesetzgeber auf. Das ist etwas anderes als das, was Sie vorhaben.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das kriegen wir schon hin! Nur ruhig!)

Und schließlich: Wir wissen auch von unseren Kollegen aus Baden-Württemberg, dass genau diese Doppelstruktur für die kleinen Schulen auf dem Land nicht umsetzbar ist. Ich muss hier einfach sagen: Hier versagen die FREIEN WÄHLER als Anwälte der Bildungspolitik für den ländlichen Raum.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wenn das das einzige Argument von euch ist, kriegen wir das gebacken! - Georg Eisenreich (CSU): Bleibt ruhig!)

- Ruhe. Kollege Eisenreich, man kann noch so oft "Ruhe!" brüllen; wenn es im Saal unruhig ist, wird man keine Ruhe herstellen. Ruhe erhält man nur durch eine Reform des G 8.

Das G 8 ist tatsächlich kein Ruhmesblatt. Ich warne auch vor Illusionen, dass wir es mit dem G 9 gut hinhinrächten. Das G 9 hat nicht gut funktioniert: hohe Sitzbleiberquoten, hoher Unterrichtsausfall.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nein, es geht tatsächlich um eine neue Politik.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Herr Kollege!

**Thomas Gehring (GRÜNE):** Wir möchten im Sinne des Philosophen Richard David Precht, der in der "Zeit" einen Artikel geschrieben hat, sagen: Wir müssen das Gymnasium auf den Kopf stellen. Das Gymnasium soll sich an den Köpfen und Seelen der Schülerinnen und Schüler orientieren, und es soll nicht so sein wie heute, wo sich die Köpfe und Seelen der Schülerinnen und Schüler am gymnasialen Lehrplan und an der Notenverordnung des Kultusministeriums orientieren müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Herr Kollege, Ihre Redezeit ist überschritten!

**Thomas Gehring (GRÜNE):** Ein letzter Satz, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir brauchen bei der Reform des Gymnasiums allen Einsatz für ein Thema, nämlich für einen mutigen Schritt nach vorn und nicht für ein "Zurück auf ‚Los'".

(Lang anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Vielen Dank, Herr Kollege Gehring. Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Will. Bitte sehr, Frau Kollegin.

**Renate Will (FDP):** Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat haben wir dieses Thema am letzten Donnerstag schon diskutiert. Ich schließe mich jetzt den Worten von Herrn Gehring an: Schon letzte Woche war ich sehr verwundert darüber, dass die FREIEN WÄHLER mit ihrem Antrag die Staatsregierung auffordern wollten, ein Konzept zu entwickeln, und heute kommen sie mit dem Volksbegehren, das sie in ihrem Landesvorstand und in ihrer Fraktion besprochen haben.

(Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Und?)

Haben Sie denn dort auch ein Konzept vorgelegt? Was haben Sie denn in Ihrer Fraktion und im Landesvorstand besprochen?

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist auf alle Fälle schon detaillierter als das Durcheinander beim jetzigen G 8!)

Ihnen geht es doch jetzt nur darum, ein populistisches Wahlkampfthema zu finden, auf das man aufspringen kann. Herr Gehring hat vollkommen zu Recht gesagt: Das ist haushaltsrelevant. Wir schauen nicht zurück. Wir schauen nach vorn.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wir auch!)

Wir haben in den letzten vier Jahren daran mitgearbeitet, das G 8 zu optimieren, weil es natürlich nicht optimal war, als es eingeführt wurde. Das weiß aber hier im Hohen Haus jeder. Seitdem mussten Konzepte entwickelt werden mit der Schulfamilie vor Ort und mit dem Herrn Ministerpräsidenten. Es ist nicht negativ, sondern es ist positiv, wenn man alle an einen Tisch holt und dann zu einem Konzept kommt.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Was ist mit Spaenle?)

Im Gegensatz zu dem, was Herr Felbinger gesagt hat, dass es nur Modellversuche gibt, ist im Haushalt 2013/2014 eine integrierte Lehrerreserve für alle staatlichen Gymnasien in Bayern vorgesehen.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Hacker (FDP) - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das sagen Sie seit zehn Jahren!)

- Nicht seit zehn Jahren. Das ist jetzt so beschlossen und wird den Schulen helfen. Es muss bei den Schulen ankommen und umgesetzt werden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bitte! Sie regieren! - Thomas Hacker (FDP): Aber doch nicht seit zehn Jahren! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Im Übrigen kann sehr viel mehr Freiheit an den Schulen bereits jetzt durch Gestaltung, Rhythmisierung des Unterrichts und neue Unterrichtsmethoden entstehen. Das kann alles schon passieren. Aber wir schreiben es nicht von oben vor, sondern lassen es von der Schulfamilie vor Ort entscheiden und entwickeln.

Und ein Gymnasium mit zwei Geschwindigkeiten – das ist wirklich absoluter Schwachsinn, sage ich jetzt einfach einmal.

(Beifall bei der FDP)

Liebe FREIE WÄHLER, dass Sie neu auf dieses Pferd Aiwanger aufspringen, der jetzt eine Idee für den Wahlkampf hat, darüber bin ich natürlich enttäuscht. Enttäuscht bin ich besonders von Ihnen, Herr

Felbinger – ich glaube, ich habe das in der letzten Woche bereits gesagt –; denn wir haben zu dem Thema eine Expertenanhörung durchgeführt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die Idee ist von den Gymnasiallehrern, von den Philologen!)

In dieser Anhörung waren sich alle einig – Verbände und auch die Parlamentarier –, dass niemand zum G 9 zurückwill,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sind Sie sicher?)

dass man auch kein Gymnasium der zwei Geschwindigkeiten braucht. Herrn Felbingers Wortmeldung war nur ganz allgemein. Er hat gar nichts zum G 8 gesagt. Ich habe es auch im Ausschuss nie so empfunden, als ob Sie mit dem G 8 etwas Besonderes vorhätten oder zum G 9 zurückwollten,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wir binden euch nicht immer gleich alles auf die Nase!)

sondern so, dass Herr Aiwanger und Herr Piazzolo irgendwann beschlossen haben - -

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das haben mir die Philologen gesagt! Die Fachleute haben mir gesagt: Aiwanger, setze dich dafür ein, weil es da brennt! - Zuruf von der CSU: Kann er einmal mit dem Dazwischenrufen aufhören?)

- Der Philologenverband hat am G-8-Gipfel teilgenommen und saß auch mit am Runden Tisch. Es gibt in der Tat Philologen – das weiß ich; ich spreche ja auch mit Leuten -, die sagen: Im G 9 war es ganz schön; da können wir unsere alten Klausuren wieder herausnehmen und sie vielleicht wiederverwenden.

Es stimmt auch nicht, Herr Güll, dass nichts getan worden wäre. Gleich im Jahre 2009 wurden die Lehrpläne vom unabhängigen Institut für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen in Berlin, das für alle 16 Bundesländer zuständig ist, unter Leitung von Professor Köller überarbeitet. Und jetzt wurden die Lehrpläne vom Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung – ISB - gemeinsam mit dem Herrn Staatssekretär noch einmal maßvoll reduziert. Wir müssen das Gymnasium nun tatsächlich zur Ruhe kommen lassen; denn jetzt ist die Zeit für die Umsetzung.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Jetzt kommt das Flexi-Jahr!)

Ja, wir haben viele Maßnahmen auf den Weg gebracht, die individuell an der Schule beschlossen werden müssen. Ich denke da zum Beispiel an das Früh-

warnsystem oder das Flexibilisierungsjahr für diejenigen, die es brauchen und unbedingt wollen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wie Sie es wollen! So machen Sie es!)

Individuell und jedem seine Zeit, wie er es braucht.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Frau Kollegin, achten auch Sie bitte auf Ihr Zeitbudget.

**Renate Will (FDP):** Ja, mache ich. Wir schauen nicht zurück, wir schauen nach vorn. Wir brauchen in der Tat mehr Ganztagsgymnasien.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wir müssen Ruhe reinbringen und nicht immer was Neues! - Thomas Hacker (FDP): Natürlich bringen wir Ruhe rein, Herr Aiwanger, Sie müssen sich nur mit der Bildungspolitik einmal auseinandersetzen!)

Als FDP haben wir immer gesagt, G 8 ist optimal umzusetzen, wenn man den Unterricht rhythmisiert und wenn man die jungen Menschen zu Persönlichkeiten heranwachsen lassen will. Um dieses Ziel zu erreichen, muss man den Jugendlichen auch am Nachmittag genügend Zeit geben, um ihre Hausaufgaben zu erledigen.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Frau Kollegin, Ihre Redezeit!

**Renate Will (FDP):** Bezüglich der Ganztagschulen werden wir uns weiter anstrengen, wenn die Schulen das wollen. Wir wollen nichts überstülpen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Vielen Dank, Frau Kollegin Will. Nächster Redner ist Kollege Rüth. Er hat sich schon auf den Weg gemacht. Sie haben das Wort, Herr Kollege. Ihm folgt Herr Professor Pia-zolo.

**Berthold Rüth (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zu Beginn gleich mit einem Märchen von Herrn Güll aufräumen. Herr Güll sagte, die CSU habe Unruhe in die Gymnasien gebracht.

(Lachen bei der SPD)

Die Wahrheit ist folgende. Herr Güll hat den Bildungsausschuss zum Besuch eines Gymnasiums in Oettingen animiert, das sehr fortschrittlich agiert. Das war eine sehr interessante Fahrt. Auf dem Weg dahin hat der Spitzenkandidat der SPD für die Landtagswahl eine Pressemitteilung losgelassen, um gegen das G 8

zu schießen. Das war parteitaktisch sicherlich clever, geht aber zulasten der Kinder. Das ist zunächst einmal hier im Hohen Hause festzuhalten. Da werden immer solche Geschichten erzählt. Aber wie gesagt, es war parteitaktisch von der SPD nicht schlecht gemacht.

(Markus Rinderspacher (SPD): Danke sehr!)

Meine Damen und Herren, Bayern ist beim Thema Bildung top. Alle nationalen und internationalen Vergleichsstudien sagen, dass Bayern an erster Stelle steht. Es gibt eine Reihe von Gründen, warum wir an erster Stelle stehen. So bieten wir unseren Kindern nicht nur die Möglichkeit, sich zu bilden, sondern wir stärken auch Herz und Verstand. Außerdem lernen die Kinder beispielsweise bei Schullandheimaufenthalten soziale Kompetenz. Wir fördern den Forscherdrang; es können Experimente gemacht werden, Stichwort: Jugend forscht. Außerdem haben die bayerischen Kinder hervorragende Berufschancen.

Es wird immer gesagt, die Übertrittsquoten seien in Bayern sehr unterschiedlich. Ja, das sind sie. In der letzten Zeitschrift des Philologenverbandes ist eine Landkarte Bayerns mit den Übertrittsquoten zu finden. Die spiegelt das Bild wider, das hier angesprochen wurde.

Ich habe mir die Mühe des Vergleichs gemacht, wie sich das Verhältnis der Übertrittsquoten zur Jugendarbeitslosigkeit darstellt. Die Quoten sind überall gleich niedrig. Sie liegen überall unter 2 bis 3 %. Das zeigt, dass die Frage des Übertritts nicht für den Erfolg der Menschen im Berufsleben entscheidend ist, entscheidend ist vielmehr das Angebot vor Ort: Gibt es Betriebe, gibt es Mittelständler, gibt es Handwerker, bei denen die jungen Menschen lernen können? Aus dieser Perspektive ist es wichtig, ein differenziertes Schulsystem zu haben, das allen Kindern die Chance gibt, sich begabungs- und neigungsgerecht zu bilden.

Für die jungen Menschen bietet das Gymnasium die Möglichkeit, den akademischen Weg einzuschlagen. Mittlerweile entscheiden sich 40 % der Schülerinnen und Schüler für diesen Weg. Es gibt Kinder, die möglicherweise Probleme in den Sprachen Latein oder Französisch haben, aber diese Jugendlichen haben die Chance, den Weg über die Fachoberschule oder die Berufsoberschule zu gehen. Die jungen Menschen, die diesen Weg nehmen, werden später möglicherweise hervorragende Ingenieure. Wir haben damit passgenaue Angebote für die jungen Menschen, das heißt passgenau für alle, die am Bildungssystem teilhaben. Es sind aber auch Chancen für die bayerische Wirtschaft, das bayerische Handwerk,

sowie für die bayerische Industrie, bei denen diese Menschen dann arbeiten sollen.

Wenn 40 % der Kinder aufs Gymnasium gehen, ist festzuhalten, dass einerseits die Kinder zwar von der Masse her gesehen insgesamt heterogener sind, aber andererseits eben deswegen einer individuellen Förderung und einer Berücksichtigung ihrer Talente bedürfen. Deshalb gibt es auch sehr viele Möglichkeiten der Intensivierung. Wir haben die Ganztagsangebote bedarfsgerecht ausgebaut. Wir stülpen das Ganztagsangebot den Kindern nicht über, sondern wir sagen, es kann vor Ort entschieden werden, was gemacht werden soll. Wenn jemand eine Ganztagschule will, kann er den entsprechenden Antrag stellen; bisher wurden alle Anträge genehmigt.

Meine Damen und Herren, die FREIEN WÄHLER haben für die Aktuelle Stunde das Thema "Dauerbaustelle G 8" gewählt. Ich sage Ihnen: Das G 8 ist eine gute neue Straße, die bestens funktioniert. Die große Mehrzahl der Verkehrsteilnehmer, nämlich die Gymnasiasten, ist auf diesem Weg unterwegs. Es ist eine echte Verbesserung; es ist der direkte Weg zum Abitur. Der Verlauf der Trasse der neuen Schnellstraße G 8 ist mittlerweile in allen Karten eingezeichnet. Alle Menschen kennen diese Karte.

Wir haben mittlerweile den zehnten Jahrgang im G 8.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Seit zehn Jahren wird herumgedoktert!)

Seit zehn Jahren gibt es bei uns das G 8. Und jetzt kommen Sie daher und sagen, wir wollen das verändern.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie verändern doch dauernd!)

- Herr Aiwanger, wenn dem einen oder anderen Verkehrsteilnehmer die Richtgeschwindigkeit auf dieser neuen Straße zu hoch ist, kann er in eine Parkbucht einbiegen, in das Flexibilisierungsjahr, und kann dort Kräfte sammeln.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann geht er wieder raus, und es geht genauso schnell weiter!)

Er kann dann wieder zurück auf die Piste und kann weiterfahren.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Herr Präsident, darf ich denn länger reden, wenn er dauernd reinruft?

(Albert Füracker (CSU): Kürzen Sie doch die Redezeit von Herrn Aiwanger!)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Ich fürchte, auch Ihre Redezeit kann nicht verlängert werden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Zwischenrufe sind immer erlaubt!)

**Berthold Rüth (CSU):** Ich habe mal gelernt, wer Zwischenrufe macht, hat keine richtigen Argumente, Herr Aiwanger.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie haben nur keine richtige Redezeit! - Weitere Zurufe und Heiterkeit)

Also, meine Damen und Herren, wir haben eine Parkbucht eingebaut, nämlich das Flexibilisierungsjahr. Wenn jemand will, kann er dort einparken, Kraft tanken und zurück auf die Straße gehen.

Ein letztes Argument. Sie sagen: Wir wollen eine Entscheidung G 8 und/oder G 9. Damit erhöhen Sie den Druck auf die Kinder und auf die Eltern; denn Sie schaffen eine weitere Möglichkeit für die Menschen, sich zu entscheiden. Das müssen Sie wissen.

Zum Thema ländlicher Raum schließe ich mich den Ausführungen des Kollegen Gehring an. Er hat das sehr gut dargelegt. Baden-Württemberg ist in dieser Hinsicht auch sehr vorsichtig. Vierzügige Gymnasien sind dort nur eine Möglichkeit.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Herr Kollege, Ihre Redezeit!

**Berthold Rüth (CSU):** Wenn Sie das machen, schädigen Sie den ländlichen Raum. Eine Botschaft lautet: Die FREIEN WÄHLER schädigen den ländlichen Raum.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Vielen Dank, lieber Herr Kollege Rüth. Der nächste Redner ist Herr Professor Dr. Piazolo. Danach hat sich Herr Staatsminister Dr. Spaenle gemeldet. Bitte sehr, Herr Piazolo.

**Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Eisenreich: Ruhe als Regierungsmotto! Das kann es doch nicht sein. Wissen Sie, wer das als Letzter gesagt hat? Das war ein preußischer Minister. Ein preußischer Minister hat gesagt, der König hat eine Schlacht verloren. Ruhe ist die erste Bürgerpflicht. Sie nehmen sich als bayerische Staatsregierung Preußen als Vorbild? Das ist unglaublich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Wissen Sie, was anschließend gekommen ist? Ein repressives Zeitalter. Man hat es Biedermeier genannt. Sie wollen zurück in die Biedermeierzeit.

(Renate Will (FDP): Und Sie zurück zum G 9!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ruhe als Motto kenne ich normalerweise von Friedhöfen. Da steht: Ich liege und schlafe ganz in Frieden. Wollen Sie ganz in Frieden liegen und schlafen?

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Besser wäre es, Sie würden ruhen!)

Nein, wir dürfen nicht schlafen und ruhen, sondern wir müssen etwas tun. Politik bedeutet handeln und nicht ruhen. Deshalb handeln wir als FREIE WÄHLER. Deshalb wollen wir handeln.

(Renate Will (FDP): Sie wollen zurück!)

Ich sage Ihnen, was wir wollen: Wir wollen nicht zurück. Nein, wir wollen ein neues G 9, Frau Will, kein altes.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Renate Will (FDP): Konzepte, Konzepte, Konzepte!)

- Konzepte, dafür haben Sie viereinhalb Jahre Zeit gehabt. Wir werden sie wesentlich schneller vorlegen.

(Renate Will (FDP): Wir haben sie gemacht!)

Unsere Konzepte werden besser sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir wollen Autonomie. Wir wollen mehr Rechte für die Schüler und Eltern. Wir wollen Individualität. Jeder Schüler soll seinen Weg gehen können.

(Renate Will (FDP): Wollen wir auch!)

Wahlfreiheit ist nicht schlecht. Und das Entscheidende ist: Wir wollen mehr Zeit zum Lernen.

(Renate Will (FDP): Wir auch! Aber wir gehen in die Ressourcen rein!)

Wir wollen Zeit für das Ehrenamt, für Vereine, für die Familie, für Freiheit und Freizeit. Das soll auch in der Schulzeit möglich sein. Das ist FREIE-WÄHLER-Politik.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Renate Will (FDP): Hochschulreife? - Hubert Aiwanger

(FREIE WÄHLER): Die Hochschulreife fehlt jetzt! Beim G 8 muss bei allen nachgebessert werden!)

- Dafür, dass Sie ständig von "Ruhe" reden, finde ich, ist diese Diskussion schon sehr aufgeregt. Warum sind Sie so aufgeregt, wenn Sie von Ihren Konzepten so überzeugt sind? – Ich sage Ihnen, wovor Sie Angst und Sorge haben: Sie haben Angst davor und Sorge, dass die Lösung, die wir anbieten, besser ist als das, was Sie in den letzten zehn Jahren gemacht haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben die Dinge zu schnell und unvorbereitet eingeführt.

Wir werden ein Konzept vorlegen und dieses mit der Bevölkerung diskutieren, auf welchem Weg auch immer. Wir wollen die Bevölkerung einbinden. Ich habe nicht mitbekommen, dass die Bevölkerung bei der Einführung des G 8 gefragt wurde.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir wollen, dass Schüler und Eltern eine Option haben. Schauen Sie doch in die Bundesländer Hessen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz! Dort gibt es das in unterschiedlichen Formen. Dort bricht die Schulwelt nicht zusammen. Dort geht auch der ländliche Raum nicht zugrunde.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie werden sehen, dass wir FREIE WÄHLER den ländlichen Raum immer geschützt haben. Das ist nach wie vor unser Ziel.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage Ihnen als Drittes, was passieren wird – ich habe Ihnen schon bei den Studiengebühren gesagt, dass Sie nachziehen werden, ich sage es auch hier –: Wenn wir ein Volksbegehren initiieren, dann wird es erfolgreich sein; dessen bin ich mir sicher. Wir werden die Menschen mobilisieren können. Ich kann Ihnen garantieren, dass Sie noch vor der Landtagswahl an diesem Gymnasium, dem Sie jetzt Ruhe verordnen, nachbessern werden. Ich bin mir dessen sicher: Sie werden nachbessern. Wir werden uns noch sprechen.

Sehr geehrter Herr Staatsminister, ich bin mir auch sicher, dass der Ministerpräsident schon eine Option im Hinterkopf hat. Es wäre nicht das erste Mal, dass die Regierung umfällt und sich Neues überlegt. Seien Sie sich mit Ihrem Modell nicht zu sicher. Ich glaube, der Ministerpräsident überlegt schon, ob die G-9-Wahlfreiheit vielleicht doch etwas Gutes wäre.



(Zuruf des Abgeordneten Eberhard Sinner (CSU))

Wir werden dann sehr bald sehen, wer den richtigen Weg geht, wer als Erster dran war und wer hinterherhoppelt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wir gehen voran. Wir reden nicht nur, wir handeln. Wir machen Politik mit den Menschen. Das ist gut so.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Vielen Dank, Herr Kollege Professor Dr. Piazzolo. – Nächster Redner ist Herr Staatsminister Dr. Spaenle. – Bitte schön, Herr Dr. Spaenle.

**Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium):** (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Es ist gut, dass sich dieses Hohe Haus mit Bildungspolitik und mit dem bayerischen Gymnasium beschäftigt. Ich halte es allerdings für beschämend und unverantwortlich, wie die Kollegen der FREIEN WÄHLER mit den berechtigten Interessen der gymnasialen Schulfamilie in diesem Land umgehen.

(Beifall bei der CSU - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie sind nicht besser!)

Ich finde das deshalb beschämend, weil wieder einmal Reden und Handeln auseinanderfallen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wieder einmal!)

Mit der Genehmigung des Herrn Präsidenten zitiere ich aus der Sitzung des Bildungsausschusses vom 5. Juli 2012. Kollege Felbinger hat damals im Zusammenhang mit dem Thema, unterschiedliche Geschwindigkeiten und Modelle am bayerischen Gymnasium einzuführen, sinngemäß Folgendes formuliert:

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sinngemäß! - Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Zitat!)

Das Anbieten beider Modelle innerhalb einer Schule wäre problematisch und würde zu einer gewaltigen Unruhe unter den Lehrkräften, den Eltern und nicht zuletzt unter den Schülerinnen und Schülern führen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN - Georg Schmid (CSU): Guter Mann, der Felbinger!)

Im Umgang mit dem Gymnasium in Bayern ist das beschämend. Es ist unverantwortlich, den Menschen

vorzugaukeln, dass man die Gleichheit der Lebensbedingungen mit einer solchen Strategie verfolgt. Die FREIEN WÄHLER werden zu Totengräbern der kleinen Gymnasien auf dem Lande. Ich bezeichne das als unverantwortlich.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie werden der Totengräber der großen, wenn Sie so weitermachen!)

– Wenn der Hubert Schule macht, bin ich um den Schlaf gebracht. – Das darf man wirklich so sagen.

(Beifall und Heiterkeit bei der CSU und der FDP - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann haben wir das Ziel schon erreicht, dass Sie einmal nachdenken!)

Reden ist das eine, Politik zu machen das andere.

Das bayerische Gymnasium bietet auf die größte Herausforderung, die gymnasiale Bildung zu gewärtigen hat, nämlich die große Nachfrage nach dem bayerischen Gymnasium, eine Antwort. 40 % der Schülerinnen und Schüler eines Jahrgangs besuchen in Bayern das Gymnasium,

(Renate Will (FDP): Trotz G 8! - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das stimmt! Trotz G 8, nicht wegen!)

obwohl das bayerische Gymnasium als leistungsstarkes schulisches Angebot verbal nicht immer gut behandelt wurde.

Ich möchte an dieser Stelle eine Lanze für das bayerische Gymnasium und für die Familien brechen, die sich für diese Schulform entscheiden. Während sich vor zehn Jahren, als der Grundsatzbeschluss zur Einführung des Gymnasiums in seiner achtjährigen Form gefasst wurde, noch etwa 30 % eines Jahrgangs für das Gymnasium in Bayern entschieden haben, tun es heute, wie Kollege Rüth richtig angemerkt hat, 10 % mehr. 40 % eines Jahrgangs entscheiden sich für diese Schulform.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Was ist das für eine Milchmädchenrechnung? Vor 50 Jahren waren 10 % am Gymnasium! Natürlich werden es immer mehr! Das hat nichts mit dem G 8 zu tun!)

– Wir werden die bildungspolitischen Einsichten von Hubert Aiwanger der Öffentlichkeit sicherlich zugänglich machen können.

(Heiterkeit der Abgeordneten Renate Will (FDP))

Diese Schulart gibt den jungen Menschen die Möglichkeit, über den Weg zur Hochschulreife ein akade-



misches Studium aufzunehmen. Auf die Tatsache, dass 40 % eines Jahrgangs diesen Weg wählen, ist eine klare Antwort zu geben: Wir müssen den jungen Leuten die Zeit geben, die sie benötigen. Ich durfte das hier schon in der letzten Woche ausführen. Wir tun das aber nicht nur am bayerischen Gymnasium. Dass jedes Kind die individuelle Lernzeit bekommt, die es braucht, um den angestrebten Abschluss zu erreichen, ist Grundprinzip der Bildungspolitik im Freistaat Bayern. Beispiele dafür sind das Modell der flexiblen Grundschule und die Möglichkeit, den mittleren Bildungsabschluss an der Mittelschule in elf statt in zehn Jahren zu machen. Junge Menschen, die einen mittleren Bildungsabschluss ablegen, können bei Bedarf ein zusätzliches Schuljahr in Anspruch nehmen, wenn sie den Weg zur Hochschulreife über die Fachoberschule oder das Gymnasium gehen. Das ist die Wirklichkeit in Bayern.

Die Möglichkeit, dass jeder Schüler in Bayern, der das Gymnasium besucht, bei Bedarf mit seiner Familie entscheiden kann, ob er das Gymnasium acht Jahre oder neun Jahre lang besucht, konzentriert auf die Mittelstufe, ist Beschlusslage. Das wird mit Beginn des kommenden Schuljahres die Realität an den bayerischen Gymnasien sein.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Zusätzlich geben wir Antwort auf die Heterogenität und die Tatsache, dass immer mehr Familien gymnasiale Bildung nachfragen. Wir verfolgen eine völlig neue Strategie, die es ermöglicht, jeden Schüler und jede Schülerin ihrem Leistungsstand entsprechend zu fördern. Wir unterlegen das damit, dass die Lehrkräfte in besonderer Weise auf den Leistungsstand der Schüler Rücksicht nehmen.

Das bayerische Gymnasium bietet im Gegensatz zu den rudimentären und nebulösen Überlegungen, die hier im Raum stehen, den Familien eine konkrete Wahlmöglichkeit. Wir bieten erstens eine zusätzliche, dem Leistungsstand der Schüler entsprechende Förderung an, um diesen Weg erfolgreich zu gehen.

Wir bieten zweitens jedem Schüler die Möglichkeit, individuell zu entscheiden, ob er das Gymnasium bis zum Abitur in acht oder in neun Jahren durchläuft.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Also doch!)

Der große Unterschied zwischen unseren Positionen liegt darin, dass Sie einen Vorschlag aus dem 20. Jahrhundert machen. Sie antworten auf die Herausforderungen mit organisatorischen Maßnahmen. Kleine Gymnasien auf dem Land werden das möglicherweise nicht anbieten können. Sie werden also

dafür sorgen, dass die Abwanderungstendenzen noch zunehmen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Kleine Gymnasien auf dem Land werden gefährdet sein. Ich bringe es auf den Punkt: Mit ihrem Vorschlag sind die FREIEN WÄHLER die Totengräber der kleinen Gymnasien im ländlichen Raum. Erklären Sie das einmal den Menschen vor Ort!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die zweite Tatsache ist, dass Gymnasien unterschiedliche Zweige anbieten: mathematisch-naturwissenschaftlich, neusprachlich, sozialwissenschaftlich, musisch und altsprachlich. Mit Ihrer Retro-Lösung werden Sie nur einem Zweig die Möglichkeit eröffnen, ein neunjähriges Zeitbudget in Anspruch zu nehmen. Für alle anderen Zweige, die ein Gymnasium ausweist, wird diese Möglichkeit institutionell verbaut. Somit schaffen Sie eine institutionelle Ungerechtigkeit am einzelnen Schulstandort. Damit noch nicht genug. Wir wissen, dass die Menschen in unserem Land insbesondere in Bezug auf die Wahrnehmung des Sprachangebots auf eine große Vielfalt setzen. In jedem Schuljahr werden Anträge für zusätzliche Sprachfolgen an den Gymnasien gestellt. Mit Ihrem Retro-Modell wird den Schülerinnen und Schülern, die eine bestimmte Sprachfolge wie die alten Sprachen – die gibt es durchaus –, drei moderne Fremdsprachen oder eine spät beginnende Fremdsprache wahrnehmen wollen, die Möglichkeit, eine neunjährige Gymnasialzeit für sich in Anspruch zu nehmen, verbaut.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das werden wir öffentlich diskutieren.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Gerne!)

Ich kann Sie nur bitten, Ihrer politischen Verantwortung gerecht zu werden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das tun wir!)

Sie sollten den Bestand kleiner Schulstandorte im ländlichen Raum nicht gefährden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie schließen diese selbst!)

Sie sollten keine Debatte über die Vergleichbarkeit der Lebensbedingungen im ländlichen Raum anfangen. Die werden wir haben. Wir werden das massiv thematisieren. Sie gefährden die Chancen der jungen Menschen im ländlichen Raum massiv. Wir können mit der Zahl der Schulgründungen und der Stabilisie-

zung der Angebote im weiterführenden Schulbereich punkten. Wir haben die Schulstandorte massiv ausgeweitet und können deshalb die Ansätze, die Sie vortragen, nur - -

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): begrüßen!)

- Mei Hubert, Ferkel halten allein langt halt nicht.

Wir können nur davor warnen, diesen Weg einzuschlagen. Die Schülerinnen und Schüler können ab dem kommenden Herbst an den bayerischen Gymnasien konkret wählen, ob sie eine achtjährige oder neunjährige gymnasiale Schulzeit in Anspruch nehmen. Wir geben dem einzelnen Schüler mehr Zeit, aber nicht dem System.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Damit ist die Rednerliste geschlossen. Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 2 a auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Drs. 16/16311) - Erste Lesung -**

Der Gesetzentwurf wird ohne Aussprache an den federführenden Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes überwiesen. Gibt es hinsichtlich der Zuweisung noch Änderungswünsche? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann kommen wir zur Beschlussfassung über die Zuweisung. Wer mit der Überweisung an den zur Federführung vorgeschlagenen Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe? - Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung des Gesetzentwurfs an den federführenden Ausschuss einstimmig beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 b auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (Drs. 16/16310) - Erste Lesung -**

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet. Das Wort hat Herr Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle. Ich eröffne die Aussprache.

**Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium):** (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Die Schulentwicklung in Bayern trägt dem Anspruch Rechnung, die Unter-

richtsqualität nachhaltig zu verbessern. Dem widmen wir uns mit diesem Novellierungsentwurf für das Bayerische Erziehungs- und Unterrichtsgesetz, der die eigenverantwortliche Schule weiterentwickeln und stärken soll. Maßstab ist die Verbesserung der Unterrichtsqualität und die Schaffung der dafür notwendigen Voraussetzungen. Die Einzelschule soll in die Lage versetzt werden, diesem Ziel gerecht zu werden.

Im Prinzip liegen diesem Konzept drei Säulen zugrunde: Die erste Säule ist die Qualitätssicherung. Wir wollen die erfolgreiche Konzeption der Qualitätssicherung durch Evaluation weiterentwickeln. Im Kern werden wir das Instrument der Zielvereinbarung für die Schulen als Regelangebot mit dem entsprechenden Qualitätssicherungszyklus, der vorgesehen ist, zur Verfügung stellen.

Die zweite Säule ist die Stärkung der Elternarbeit. Wir brauchen in einem verstärkten Maße die Mitwirkungsmöglichkeit für die Eltern an der Einzelschule, um den Gegebenheiten in den ländlichen Räumen und in verdichteten Ballungsräumen, die regional durchaus unterschiedlich sind, Rechnung zu tragen. Deshalb werden wir unter anderem das Schulforum weiterentwickeln. Wir wollen insbesondere der Situation und dem Engagement der Sachaufwandsträger, der Kommunen, Rechnung tragen und einem Vertreter des Sachaufwandsträgers Sitz und Stimme im Schulforum geben.

Das dritte und größte Feld ist die Weiterentwicklung der Lehrkörpersituation. Wir wollen uns mit der erweiterten Schulleitung die Möglichkeit eröffnen, die Personalführung weiterzuentwickeln. Wir sehen ein vertrauensvolles Miteinander zwischen der Schulleitung und dem Kollegium als Grundprinzip vor. Es geht darum, eine Verbesserung der Betreuung und Führung zu erreichen. An den Schulen sind zwischen einer Lehrkraft und über hundert Lehrkräfte vertreten. Wir wollen mit dem Instrument der erweiterten Schulleitung die Betreuungssituation verbessern. Wir wollen Möglichkeiten für die Weiterentwicklung in der Personalführung und Personalverantwortung schaffen. Das Grundprinzip dieser Überlegungen ist die schulartspezifische Einführung. Wir haben unterschiedliche Kulturen in den allgemeinbildenden und beruflichen Schularten. Dem wollen wir Rechnung tragen. Jede Schule und jede Schulart soll dieses Konzept nach ihrem Spirit, ihrer Führungskultur, umsetzen.

Jede Schule wird vor Ort selbst die Entscheidung treffen, wann, ob und wie von der Möglichkeit einer Weiterentwicklung der Personalführungsstruktur Gebrauch gemacht wird. Zur Umsetzung dieser

erweiterten Personalführungskonzeption bedarf es zusätzlicher Leitung. Dies ist im Doppelhaushalt enthalten. Die Staatsregierung wird mittels einer entsprechenden Verordnung konkret dafür Sorge tragen, dass diese neuen Konzepte in allen Schularten umgesetzt werden können. Mittels dieser Verordnung werden die Grundlagen und die Planungssicherheit geschaffen.

Das bedeutet, es werden in drei zentralen Bereichen der bayerischen Schule Weiterentwicklungen angestoßen: in der Qualitätssicherung, in der Elternarbeit und in der Fortführung der Personalführungskonzeption. Die Profilbildung vor Ort, die Eigenverantwortung der Schulen im Umgang mit ihrer konkreten Unterrichtssituation und die Qualitätssicherung in Zusammenarbeit mit der Elternschaft werden als zentrale Ecksteine der Schulentwicklung in Bayern fortentwickelt.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Als erste Rednerin kommt Frau Karin Pranghofer von der SPD zu Wort. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

**Karin Pranghofer (SPD):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Staatsminister hat die drei Säulen benannt, die den Gesetzentwurf ausmachen. Wenn ich das Resümee vorwegnehme, muss ich feststellen, dass die drei Säulen, die Sie, Herr Staatsminister, genannt haben, das Papier wirklich nicht wert sind, auf dem sie geschrieben sind. Ich sage noch mehr: Das Gesetz soll die Eigenverantwortlichkeit der Schulen widerspiegeln, ist jedoch in Wirklichkeit ein Etikettenschwindel. Das Gesetz birgt außerdem nach unserer Ansicht die Gefahr, dass es zu einem Klimakiller in den Kollegien führen könnte.

(Beifall bei der SPD)

Nach unserer Beurteilung haben wir mit der Einführung der mittleren Führungsebene, wie sie das Gesetz vorsieht, am Ende mehr Hierarchie an den Schulen sowie entmündigte Lehrerinnen und Lehrer.

Was sieht das Gesetz im Detail vor? Ich erkenne eine sehr technokratische Lösung, die wohl dem Beamtenrecht geschuldet ist, aber keineswegs der pädagogischen Arbeit der Schule nützt. Eine zweite Führungsebene einzuplanen, weil der Schulleitung immer mehr Aufgaben von der Kultusbürokratie zugewiesen werden, ist eigentlich sehr kontraproduktiv. Nach unserer Auffassung wäre es sehr viel besser, man würde die Teamstrukturen in den Schulen verbessern und die Ressourcen im Umfang von 311 Vollzeitstellen, die Sie im Gesetz bereitstellen wollen, für multiprofessionelle Teams an den Schulen einsetzen.

Ich komme zum zweiten Punkt. Im Gesetz sollen auch die Mitwirkungsmöglichkeiten der Schulgemeinschaft gestärkt werden. Es ist schon lange überfällig, dass man den Kommunen, die ab und zu mit an den Tisch durften, jetzt endlich Entscheidungsrechte zugesteht. Dem kann man zustimmen. Was die anderen vorgesehenen Mitwirkungsmöglichkeiten und Regelungen über Abweichungen von der Schulordnung betrifft, bleibt der Gesetzentwurf aber wirklich weit hinter unseren Forderungen und Erwartungen zurück. Wir haben zu diesem Gesetzentwurf Vorschläge der GRÜNEN diskutiert. Es ist schade, dass Sie den Schulen nicht mehr vertrauen und nicht mehr zutrauen.

Ich füge einen Satz zu den Instrumenten der Qualitätssicherung und der schulartübergreifenden Schulaufsicht hinzu. Auch hier gilt: Ja, es ist der richtige Schritt, dass die Schulen beauftragt werden, ein Schulentwicklungsprogramm auszuarbeiten, und dass die Schulaufsicht schulartübergreifend zusammenarbeiten soll. Ich bitte Sie aber, bei den Kosten genau hinzusehen. Kein Euro, nicht einmal ein Cent wird zum Beispiel für zusätzliche Fortbildungen bereitgestellt. Was Sie hier anbieten, ist nicht mehr als ein Feigenblatt. Nur schöne Schulprogramme zu schreiben, ist uns zu wenig. Das nützt uns nichts.

(Beifall bei der SPD)

Zum Schluss sage ich etwas zum Verfahren. Dieser Gesetzentwurf wurde schon sehr lange angekündigt. Uns verwundert es schon, dass jetzt, kurz vor dem Ende der Legislaturperiode, dieser Gesetzentwurf auf den Tisch kommt. Die Lehrerverbände haben ihn im Januar zur Anhörung bekommen. Er soll jetzt in einem Ruck und mit einem Paukenschlag durchgezogen werden. Ich frage mich: Warum das Ganze? Vielleicht geschieht das deshalb, weil die FDP ihr Wahlversprechen umsetzen will, bevor sie abdankt. Der Gesetzentwurf ist das Papier wirklich nicht wert, und wir werden ihn ablehnen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Frau Kollegin. Als Nächster hat Herr Kollege Eduard Nöth von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Eduard Nöth (CSU):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Die CSU-Fraktion begrüßt den Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes mit dem Ziel, die Eigenverantwortlichkeit der Schule zu stärken, und sie unterstützt die Inhalte dieses Gesetzes vollauf.

Die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit von Schulen ist für uns kein Selbstzweck, sondern immer nur dann sinnvoll, wenn damit eine Verbesserung der Schulqualität verbunden ist, wenn ein Mehrwert für die gesamte Schulfamilie, in erster Linie natürlich für unsere Schülerinnen und Schüler, entsteht und wenn unsere Schulen letztendlich nicht überfordert werden.

Wie Sie wissen, wurden in den vergangenen Jahren bereits mit verschiedenen Mitteln, zum Beispiel mit der Freigabe vieler Modusmaßnahmen, große Freiräume für unsere Schulen geschaffen. Auf diesem Weg wollen wir weitergehen und dabei die Staatsregierung begleiten und unterstützen.

Schulen sind für uns keine Experimentierfelder. Das wollten beispielsweise die GRÜNEN in ihrem Gesetzentwurf zur Schaffung der autonomen Schule. Wir wollen mehr Bewegungsfreiheit für unsere Schulen. Wir wollen mehr Mitwirkungsrechte der an Schulen Beteiligten. Diese Veränderung soll sich jedoch in einem stabilen und verlässlichen Rahmen vollziehen. Als Flächenland mit 12 Millionen Einwohnern und über 5.000 Schulen sind wir dies den Schülern, den Lehrkräften, den Eltern und den Sachaufwandsträgern schuldig.

Im Übrigen gebietet es uns die Forderung nach der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse, die heuer Verfassungsrang erhalten soll, verlässliche Rahmenbedingungen für alle Landesteile zu schaffen. Deshalb werden wir an den Schulen derselben Schularart weiterhin denselben Lehrplan behalten. Wir werden weiterhin an der bewährten, qualitativ hochwertigen und schulartbezogenen Lehrerbildung festhalten. Lehrpläne, Zielvereinbarungen, interne und externe Evaluationen, Vergleichsarbeiten und zentrale Abschlussprüfungen werden auch künftig in Bayern als Mittel der Qualitätssicherung dienen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Kernanliegen des Gesetzentwurfes besteht darin: Bayerns Schulen sollen eine höhere Entscheidungs- und Handlungskompetenz erhalten. Sie alle wissen, dass unterschiedliche Entwicklungen an den einzelnen Schulstandorten unterschiedliche Antworten erfordern. Schulen müssen künftig flexibler, treffsicherer und schneller auf Veränderungen reagieren können. Deshalb unterstützen wir die drei großen Zielsetzungen dieses Gesetzentwurfes.

Zum Ersten sollen die Führungsstrukturen an unseren Schulen verändert werden. Jedem von uns ist bewusst, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass dem Schulleiter oder der Schulleiterin heutzutage immer weniger Zeit für die Betreuung und die Begleitung der Lehrkräfte sowie für die pädagogische und

konzeptionelle Impulsgebung zur Verfügung steht. Deshalb soll unserer Meinung nach die Personalverantwortung auf mehr Schultern verteilt werden. In zwei Schulversuchen, MODUS F und Profil 21, wurden dankenswerterweise von Modellschulen zeitgemäße, schulbezogene und erfolversprechende Führungsstrukturen erprobt. Deshalb soll unter bestimmten Voraussetzungen die Einführung einer erweiterten Schulleitung dort möglich werden. Wie ich meine, ist es nicht mehr als recht und billig, dass diese Schulen, die sich bemüht und hervorragende Ergebnisse erbracht haben, ihre Ergebnisse umsetzen können. Wie wir bereits gehört haben, sind wir des Weiteren der Meinung, dass in den nächsten Jahren an größeren Schulen diese erweiterte Schulleitung eingeführt wird.

Zum Zweiten sollen im Gesetzentwurf die Mitwirkungsmöglichkeiten der Schulgemeinschaft erweitert werden. Nach dem Gesetzentwurf soll künftig ein Vertreter des Sachaufwandsträgers ordentliches Mitglied des Schulforums werden. Besonders wichtig ist uns, dass außerdem die Elternarbeit modernisiert, zeitgemäßer geregelt und erweitert werden soll.

Zum Dritten sollen, wie der Minister bereits ausgeführt hat, die Mittel der Qualitätssicherung an unseren Schulen wirksamer eingesetzt werden. Ich glaube, daran haben wir alle ein großes Interesse; denn das Wichtigste am bayerischen Schulsystem ist, dass wir seine Qualität aufrechterhalten und dadurch im internationalen und nationalen Vergleich vorne liegen.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Kollege, darf ich Sie an die Redezeit erinnern?

**Eduard Nöth (CSU):** Ich komme zum Ende. Auch wenn die SPD schon Ablehnung signalisiert hat, hoffe und wünsche ich, dass wir im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport noch interessante Diskussionen über diesen Gesetzentwurf führen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. Als Nächste hat Frau Kollegin Eva Gottstein von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Eva Gottstein (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gut Ding will Weile haben. Diese Redensart kann hier angewendet werden, wobei man über "gut Ding" verschiedener Meinung sein kann. Wir befinden uns am Ende der Legislaturperiode. Die FREIEN WÄHLER haben von Anfang an, seit viereinhalb Jahren, die eigenverantwortliche Schule gefordert. Dass sie jetzt am



Schluss noch eingeführt wird, ist sicher lobenswert. Allerdings merkt man auch hier wie bei vielen anderen Themen, dass eine gewisse Zeitnot geherrscht hat. Uns kommt dieser Gesetzentwurf unausgegoren und teilweise widersprüchlich vor.

Die drei Säulen des Gesetzentwurfs sind sicher richtig. Mit der ersten Säule soll, wie das der Minister gesagt hat, die erweiterte Schulleitung oder eine mittlere Führungsebene eingeführt werden. Das ist sicher gut. Dies wurde schon im Rahmen von MODUS 21 und Profil 21 erprobt. Allerdings wird manches, was sich in dieser Erprobung als gut erwiesen hat, nicht umgesetzt.

Unsere Kritik ist ganz klar: Zwei Stunden Leitungszeit für diese mittlere Führungsebene sind zu wenig. Das kann gar nicht funktionieren, wenn man bedenkt, was alles zur mittleren Führungsebene gehört, nämlich Unterrichtsbesuche, Nachbesprechung, Mitarbeitergespräche, Teamsitzungen, wöchentliche Sitzungen der erweiterten Schulleitung und so weiter und so fort. Mit zwei Stunden wöchentlicher Anrechnung kann das nicht geleistet werden. Die Motivation kann also gegen null gehen. Wenn Sie das sinnvoll umsetzen wollen, wären 491 Stellenhebungen nötig. Vorgesehen sind 129 Stellenhebungen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Es hat einmal geheißen, dass man mit gutem Beispiel vorangehen sollte. Das ist das A und O in einer Schule. Wir reden hier über Bildungspolitik.

(Tobias Thalhammer (FDP): Sie können mit Ihrer Rede dazu beitragen, dass wir Ihnen mehr Aufmerksamkeit schenken!)

- Meine Rede ist nicht so schlecht wie die von manchen anderen. Das passt schon.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Unser Hauptkritikpunkt zu dieser ersten Säule ist aber: Wir haben keine klare Abgrenzung bei den Kompetenzen der Fachbetreuer und der erweiterten Schulleitung. Im Team wird es Verwerfungen geben. Die Weitergabe von Weisungsmöglichkeiten muss gut überlegt werden. Dies können wir hier nicht sehen. Ein weiterer Kritikpunkt: Grundschule und Mittelschule sind überhaupt nicht einbezogen worden. Wenn man eine eigenverantwortliche Schule einführen will, müssen auch die Schularten Grundschule, Hauptschule oder Mittelschule einbezogen werden. Das ist ein falsches Signal in die Schullandschaft.

Wir fordern schon seit Langem, die Mitwirkungsmöglichkeiten der Schulgemeinschaft zu erweitern. Dass der Schulaufwandsträger dabei ist, ist ganz logisch; denn er zahlt und ist von den Folgen direkt betroffen. Ich kann mich der Kollegin von der SPD anschließen: Wir hätten uns schon gewünscht, dass Mitbestimmungsrechte des Schulforums ausgeweitet und Nägel mit Köpfen gemacht werden. Das ist hier nicht passiert.

Zu der dritten Säule dieses Gesetzes, Instrumente der Qualitätssicherung, ist Folgendes zu sagen: Natürlich ist es gut, dass schulartübergreifend zusammengearbeitet werden soll. Dann muss aber auch überlegt werden, wie sanktioniert werden soll, wenn dies nicht passiert. Sie haben überhaupt keine Überlegungen für den Fall angestellt, dass diese Zusammenarbeit nur auf dem Papier stehen bleibt. Außerdem wird die Umsetzung dieser Maßnahme Zeit und Geld kosten, was in dem Gesetzentwurf nicht vorgesehen ist. Das ist problematisch.

Ich möchte mit einer Redensart abschließen: Der Berg kreißte und gebar eine Maus. Leider ist unser Minister mit seiner hervorragenden humanistischen Bildung nicht da. Er würde sofort erkennen: Horaz, Ars poetica, Vers 139. Damit nicht nur eine Maus dabei herauskommt, sondern ein ganzes Kind mit Hand und Fuß, brauchen wir mehr Verantwortlichkeit über das Budget. Davon ist überhaupt nicht die Rede. Wir brauchen auch mehr Verantwortlichkeit bei der Besetzung des Personals. Erst dann können wir von einer eigenverantwortlichen Schule sprechen. Mit diesem Gesetzentwurf ist sie noch nicht verwirklicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Als Nächster hat Herr Kollege Thomas Gehring von der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Thomas Gehring (GRÜNE):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Gesetzentwurf ist ein Gesetzentwurf nach dem Lasagne-Prinzip: Es ist etwas anderes drin, als draufsteht. Hier ist von der "eigenverantwortlichen Schule" die Rede, in dem Gesetzentwurf geht es jedoch vor allem um die erweiterte Schulleitung. Wenn man sich auch die anderen Punkte dieses Gesetzentwurfs im Hinblick auf die eigenverantwortliche Schule ansieht, stellt man fest: Die Kontrolldichte wird größer und nicht geringer. Das ist genau das Gegenteil dessen, was eine eigenverantwortliche Schule braucht. Es fehlen die Mittel und Freiräume, die die Schulen brauchen, um etwas eigenverantwortlich gestalten zu können.

Ich möchte deshalb auf unseren Gesetzentwurf hinweisen, der eine andere Philosophie verfolgt. Wir wol-

len den Schulen Eigenverantwortung, Freiräume und Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen. Sie wollen Eigenverantwortung vorschreiben, was nicht funktionieren wird. Wir versuchen, Eigenverantwortung zu ermöglichen und zu gewähren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wichtig ist, dass Schulen Schulentwicklung betreiben. Es hilft aber nichts, den Schulen vorzuschreiben, dass sie Schulentwicklungsprogramme schreiben müssten. In diesem Fall wurde zwar etwas aufs Papier geschrieben, aber nicht gelebt und nicht umgesetzt; denn es fehlen die Mittel und die Gestaltungsoptionen. Wer Eigenverantwortung an Schulen will, muss als Ministerium und Regierung Verantwortung abgeben. Dies fehlt in diesem Gesetzentwurf völlig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte ein paar Worte über die erweiterte Schulleitung sagen: Ja, Personalentwicklung ist die Hauptaufgabe von Bildungspolitik. 90 % der Bildungsausgaben sind Personalausgaben. Wir wissen es nicht zuletzt seit der Hattie-Studie: Auf die Lehrkräfte kommt es an. Es kommt darauf an, dieses Personal gut zu entwickeln und ihm die Möglichkeit der Reflexion zu geben. Der Austausch muss verbessert werden. Außerdem braucht das Personal Unterstützung bei der Fortbildung und Fortentwicklung. Dies wäre die Aufgabe einer anders gestalteten Schulleitung.

Sie haben in diesem Gesetzentwurf einen richtigen Begriff verwendet, nämlich die "geringere Führungsspanne". Führungskräfte und Lehrkräfte müssten sich näher sein, um intensiver miteinander arbeiten zu können. Ihnen geht es mit diesem Gesetzentwurf aber allein darum, das System der Regelbeurteilung auf mehrere Köpfe zu verteilen. Die Regelbeurteilung ist aber kein Instrument der Personalentwicklung, sondern ein Instrument der Gängelung, des Misstrauens. Sie ist kein Instrument zur Motivation der Lehrkräfte.

Wo bleibt die Fortentwicklung des Unterrichts? Wo ist sie möglich? Wo bleibt der Dialog? Wo bleibt die Unterstützung von Lehrkräften bei Problemen? Wo wäre es tatsächlich möglich, Verbesserungen über Zielvereinbarungen und Unterstützung zu erreichen? Davon ist in diesem Gesetzentwurf nichts zu finden. Damit ist auch eine Chance für die Personalentwicklung verpasst worden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine eigenverantwortliche Schule braucht tatsächlich eine andere Führungskultur und Mitwirkung. Das ist die andere Seite der Medaille einer eigenverantwortlichen Schule. Wie sieht es aus beim Thema Mitwirkung?

Ich möchte noch etwas zur erweiterten Schulleitung sagen: Sie haben vorgesehen, dass große Gymnasien und Realschulen erweiterte Schulleitungen beantragen können. Nein, nicht die Schule, sondern der Schulleiter kann beantragen, ob er eine erweiterte Schulleitung will oder ob er sagt: Ich mach's alleine. Das ist Ihr System. Wo bleibt die Mitwirkung der Lehrerkonferenz? Eine solche Mitwirkung wäre das Minimum gewesen, wenn Sie eine erweiterte Schulleitung einführen wollen.

Ähnlich ist das mit der Verpflichtung zur Erzieherpartnerschaft. Sie wollen Erzieherpartnerschaft verordnen, ohne eine Partnerschaft zu leben und ohne die Mitwirkung der Eltern am Schulleben zu ermöglichen und zu gestalten. Das ist keine Partnerschaft auf Augenhöhe. Sie haben es versäumt, das Schulforum tatsächlich zu stärken, ihm mehr Kompetenz zu geben. Deshalb ist dies kein Gesetz zur eigenverantwortlichen Schule. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie den ursprünglichen Namen "Schulinnovationsgesetz" frühzeitig aufgegeben haben; denn Innovation bringt Ihr Gesetzentwurf keinesfalls.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. Als Nächste hat Frau Kollegin Renate Will von der FDP das Wort.

**Renate Will (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, mehr Freiheit und Eigenverantwortung der Schulen führen zu einer besseren Qualität des Unterrichts sowie zu besseren Bildungserfolgen. – Das sind die wesentlichen Ergebnisse aus vielfältigen Studien der Schulentwicklungsforschung, die die FDP-Landtagsfraktion intensiv ausgewertet hat. Auch die in Bayern bereits evaluierten Modellversuche MODUS F und Profil 21 bestätigen diese Befunde. Aus diesem Grund haben wir im vorliegenden Gesetzentwurf den Schwerpunkt auf die Personal- und Qualitätsentwicklung gelegt. Ein wichtiger Baustein ist dabei, dass wir die erweiterte Schulleitung, die sogenannte mittlere Führungsebene, etablieren wollen; denn die Verlagerung der Verantwortung auf mehrere Lehrkräfte einer Schule führt dazu, dass Bildungsstandards nachhaltiger und schneller in den Lehrerkollegien verankert werden und Führungsspannen abgebaut werden können. Schulleiter erhalten so ein Plus an Zeit für die konzeptionelle Arbeit in ihrer Schule. Das erleichtert auch die Teamarbeit im Kollegium und trägt zur Berufszufriedenheit bei.

Als FDP-Fraktion sind wir der Überzeugung, dass es einer Schulleiterin oder einem Schulleiter an einem Gymnasium bei durchschnittlich 84 Kollegen kaum



mehr möglich ist, kontinuierlich und differenziert eine Rückmeldung an die Lehrkräfte zu geben. Eine pädagogische Begleitung und das Feedback über die unterrichtliche Tätigkeit dürften sich unserer Auffassung nach dabei nicht auf die zwar unverzichtbare, aber dienstliche Beurteilung beschränken. So haben die Lehrkräfte an den MODUS-F-Schulen übereinstimmend berichtet, dass etwa Mitarbeitergespräche zwischen Lehrkräften und den Mitgliedern der erweiterten Schulleitung als Wertschätzung und Würdigung der Arbeit wahrgenommen wurden.

Dies kann jedoch nur möglich werden, wenn die Führungsspannen zunächst abgebaut werden, um echte Personalentwicklung und Personalförderung umzusetzen. Aus unserer Sicht ist positiv, wenn die Arbeit der Lehrkräfte durch ein kleineres Team eine höhere Wertschätzung erfährt. Zudem halten wir es auch für einen Vorteil für die einzelne Lehrkraft, wenn ein Fachkollege an der Beurteilung mitwirkt und die entsprechende Lehrkraft nicht alleine durch den Schulleiter beurteilt wird, der häufig sogar eine andere Fächerkombination hat. Individuelle Stärken können somit besser erkannt werden und in eine Gesamtbetrachtung einfließen.

Natürlich ändert sich mit der Einrichtung einer erweiterten Schulleitung an der im Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetz festgeschriebenen unmittelbaren Verantwortung der Lehrkräfte für den Unterricht und die Erziehung der Schülerinnen und Schüler nichts. Die Freiheit in der Unterrichtsgestaltung bleibt selbstverständlich erhalten. Das kollegiale Miteinander bleibt auch weiterhin die zentrale Voraussetzung für eine gelingende pädagogische Arbeit an den Schulen. Dazu gehören intensiver Austausch und Abstimmungsprozesse, die Verständigung über Grundprinzipien in der gemeinsamen pädagogischen Arbeit sowie die Formulierung von Entwicklungszielen der Schule insgesamt und der Lehrkräfte im Einzelnen.

Der Modellversuch MODUS F hat gezeigt, dass der Weg zu einer neuen Führungskultur eine anspruchsvolle Aufgabe ist und nur schrittweise und bei Bereitstellung von zusätzlicher Leitungszeit, von fachlicher Begleitung und Fortbildung gelingen kann. Entsprechende zusätzliche Stellen sowie Mittel für die Fortbildung sind bereits im Doppelhaushalt 2013/2014 vorgesehen.

Aus den angeführten Gründen ist es für uns unerlässlich, dass die Mitglieder der erweiterten Schulleitung auch Personalverantwortung wahrnehmen sollten; denn für uns gehören Freiheit und Verantwortung zusammen, und die Aufgabe, ein Team zu leiten, sollte mit echter Verantwortung für die Leistungen eines

Teams verbunden sein. Dass die Schulleitung bei der Einführung eng mit dem örtlichen Personalrat zusammenarbeitet und diese schulische Veränderung auch in der Lehrerkonferenz besprochen wird, halten wir im Übrigen für selbstverständlich. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Frau Kollegin. Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. – Damit ist die Aussprache geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Widerspruch erhebt sich nicht. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

**Abstimmung  
über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der  
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden  
(s. a. Anlage 1)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Einzelbetriebliche Investitionsförderung  
(Drs. 16/15536)**

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Kollege Sprinkart von den GRÜNEN. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Adi Sprinkart (GRÜNE):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im vorliegenden Antrag geht es um die Frage, welche Landwirtschaft wir künftig wollen. Es geht nicht um die Frage, welche Landwirtschaft wir künftig zulassen oder dulden wollen, sondern um die Frage, welche Form von Landwirtschaft wir aktiv unterstützen, welche wir fördern. Welche Form von Landwirtschaft ist es uns wert, dafür Steuer-

gelder auszugeben? – Ich habe zwar nicht unbedingt mit Ihrer Zustimmung zu unserem Antrag gerechnet, aber eine so platte Abfuhr hat mich doch etwas überrascht.

Wir GRÜNE haben klare Vorstellungen, wie Landwirtschaft aussehen soll: Wir wollen eine bäuerliche Landwirtschaft, keine industrielle.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen eine bodengebundene und umweltverträgliche Landwirtschaft, und wir wollen eine tiergerechte Landwirtschaft. Deshalb wollen wir keine Betriebe mehr fördern, die mehr als 30.000 Geflügelmastplätze, 15.000 Putenmastplätze oder 1.500 Schweinemastplätze haben. Betriebe, die diese Grenzen überschreiten, erhalten bei Mastgeflügel 67 % der Investitionsfördermittel, bei Puten sind es 80 % und bei Mastschweinen sind es 56 %. Diese Grenzen entsprechen im Übrigen der Vierten Verordnung des Bundes-Immissionschutzgesetzes, Anhang Nr. 7.1 Spalte 2. Wir hätten auch eine Grenze nehmen können; dann wären die Zahlen etwas höher gewesen. Aber Sie hätten das vermutlich genauso abgelehnt.

Das Ergebnis dieser Entwicklung bei den Masthähnchen konnten wir neulich in der Sendung "Unser Land" sehen. Wir haben unseren Geflügelfleischexport nach Afrika von 2009 auf 2011 zugegebenermaßen auf niedrigem Niveau vervierfacht. Die Konsequenzen dieses Handelns für die betroffenen Länder, vor allem für die Bauern in diesen Ländern, wären ein ganz eigenes Thema. Wollen Sie wirklich eine solche Landwirtschaft gezielt fördern? Man hätte ja darüber diskutieren können, ob die von uns vorgeschlagenen Grenzen zu niedrig sind. Das haben Sie aber nicht getan, was den Schluss zulässt: Sie wollen überhaupt keine Grenzen. Aber auch das ist eine Aussage.

Der zweite Punkt unseres Antrages ist die Flächenbindung. Nach unseren Vorstellungen sollte sie bei zwei Großvieheinheiten pro Hektar liegen. Diese Regelung gab es übrigens bis 2006. Aber sie behinderte natürlich die landwirtschaftliche Entwicklung. So können auch Betriebe eine einzelbetriebliche Investitionsförderung erhalten, die sich vom Viehbesatz her in Richtung Gewerbe entwickeln. Das lassen Sie zu. Probleme in diesen Intensivregionen mit dem Grundwasser und mit dem Eintrag in Fließgewässer können Sie unter anderem im Landkreis Landshut sehr gut anschauen. Dazu darf ich Professor Heißenhuber zitieren; er ist, glaube ich, ein über alle Parteigrenzen hinweg anerkannter Fachmann. Er sagt zur Düngemittelverordnung:

Die derzeit gültige Düngemittelverordnung ermöglicht die Ausbringung einer Nährstoffmenge

aus Wirtschaftsdünger, die mit den Regeln der guten fachlichen Praxis nicht übereinstimmt.

Aus diesem Grunde ist eine Novellierung anstehend. Darüber hinaus erscheint die Einhaltung der Düngeverordnung nicht ausreichend.

Dritter Bereich: tiergerechte Haltungsformen. Wir GRÜNEN wollen, dass Haltungsformen wie Vollspaltenböden in der Rinderhaltung und Teilspaltenböden in der Schweinehaltung nicht mehr gefördert werden, weil sie alles andere als artgerecht sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da stellt sich die Frage, warum Anbindeställe von der Förderung ausgeschlossen werden, die angesprochenen Spaltenböden aber nicht. Ich glaube nicht, dass Anbindehaltung dann, wenn sie mit Weidehaltung im Sommer verbunden ist, weniger tiergerecht ist als Spaltenböden. Der Unterschied liegt wohl darin: Die Anbindehaltung betrifft Kleinbetriebe, Spaltenböden die Wachstumsbetriebe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich zusammenfassen: Sie fördern eine Landwirtschaft ohne Bodenbindung, die nur noch Produktionsstätte ist, aber privilegiert, die Gülleabnahmeverträge braucht, die Rohstoffe und Zutaten auf dem Weltmarkt kauft und die Erzeugnisse, die sie herstellt, dort wieder verkauft. Meine Damen und Herren, das trägt alle Merkmale einer industriellen Produktion. Das hat mit bäuerlicher Landwirtschaft nichts zu tun, aber auch schon gar nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie Grundschulern Heupäckchen schicken, dann macht das die Sache nicht besser, im Gegenteil. Sie vermitteln den Kindern ein Bild von Landwirtschaft, das es kaum mehr gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Volkstümlich nennt man so etwas Verarschung.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, darf ich Sie davon unterrichten, dass die CSU-Fraktion zu diesem Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat.

(Theresa Schopper (GRÜNE): Fürchtet Ihr euch schon wieder?)

Nun hat Herr Kollege Ströbel von der CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Jürgen Ströbel (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich, nachdem die Bank links von mir ziemlich verwaist ist, unseren Staatsminister Helmut Brunner entschuldigen. Er hat mich damit beauftragt; denn er hat heute eine Nachfolgeveranstaltung der Bundesagrarministerkonferenz. Er muss heute in Berlin sein. Dort geht es natürlich auch um viele bayerische Belange.

Zum Antrag: Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, es verwundert mich sehr, dass die GRÜNEN am 31. Januar 2013 einen Antrag mit dem Titel "Einzelbetriebliche Investitionsförderung" eingereicht haben. Da kann man fast meinen, sie wollten mehr für die Landwirtschaft. Offensichtlich ist es den GRÜNEN entgangen, dass im Laufe des Jahres 2012 die Diskussion zur einzelbetrieblichen Investitionsförderung auf Bundesebene geführt und am 12. Dezember 2012, also im letzten Jahr, abgeschlossen wurde. Diese sogenannten PLANAK-Beschlüsse, also die Beschlüsse der Agrarminister von Bund und Ländern, vom 12.12.2012 haben gerade zur Stärkung der kleinen und mittleren Betriebe beigetragen.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Gerade durch den Einsatz Bayerns ist es gelungen, sinnvolle Anpassungen vorzunehmen, die Investitionen für kleine und mittlere Betriebe erwägen lassen und vor allem möglich machen. Die im vorliegenden Antrag aufgeführten Vorgaben aber würden aufgrund des gewünschten Anforderungsniveaus bei vielen kleinen und mittleren Betrieben zu der Entscheidung führen, aus der Tierhaltung auszusteigen, anstatt höhere Investitionen zu tätigen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, wenn ich mir Ihren Antrag durchlese, komme ich zu dem Schluss, dass die bayerischen GRÜNEN gerade die kleinen und mittleren Betriebe aus der Tierhaltung herausdrängen wollen.

(Beifall bei der CSU)

Welche Betriebe sind denn besonders von den strengen Vorgaben bezüglich der Tierbesatzdichte, die im vorliegenden Antrag gefordert wird, betroffen, Herr Kollege Sprinkart? – Es sind die kleineren und mittleren Betriebe, die durch eine schwache Flächenausstattung nicht in der Lage sind, die GVE-Grenzen einzuhalten. Wenn sie beispielsweise Pachtflächen verlieren, können sie diesen Verlust nicht kompensieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, welche Betriebe sind denn gerade von den Vorgaben für besonders tiergerechte Haltungsformen, von den Vorgaben wie der Bodenbeschaffenheit, betroffen? Sie haben die Spaltenböden angesprochen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind ebenfalls die kleineren und mittleren Betriebe. Sie brauchen die einzelbetriebliche Investitionsförderung beispielsweise für Umbaumaßnahmen notwendig.

Fakt ist, dass laut Landesanstalt für Landwirtschaft – Herr Kollege Sprinkart, Sie haben es angesprochen – noch 50 % der Milchviehbetriebe in Bayern Anbindehaltung haben. Die Hälfte dieser Betriebe - ich betone: die Hälfte - ist auf praxistaugliche einzelbetriebliche Investitionsförderung dringend angewiesen. Nicht nur für die Rinderhaltung kann ich hierzu Beispiele bringen. 51 % der Mastschweinehalter in Bayern haben weniger als 100 Tiere. Das entspricht wiederum der Hälfte der Betriebe. Welche einzelbetriebliche Investitionsförderung kann dazu beitragen, dass auch diese Betriebe investieren können? Es sind die Hilfen für kleine und mittlere Betriebe. Grundsatz der einzelbetrieblichen Investitionsförderung ist es, die Produktions-, Arbeits- und Haltungsbedingungen bei Nutztieren zu verbessern und die Produktionskosten zu rationalisieren und zu senken.

Mit Ihrem Antrag erwecken Sie den Eindruck, als müssten die Betriebe zur Zuteilung der einzelbetrieblichen Investitionsförderung keine besonderen Auflagen erfüllen. Für die Anbindehaltung werden keine Investitionen mehr gefördert. Das haben Sie doch selbst angesprochen. Wussten Sie, dass bereits jetzt bauliche Anforderungen für eine besonders tiergerechte Haltung von den Betrieben eingehalten werden müssen? Ich erinnere an das CC- und Fachrecht, das jeder Landwirt in Bayern einhalten muss. In diesem Zusammenhang sollten Sie sich für die Investitionsförderung das dazugehörige Merkblatt genauer anschauen.

(Beifall eines Abgeordneten der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Kollege, darf ich Sie an die Redezeit erinnern?

**Jürgen Ströbel (CSU):** Die Agrarinvestitionsförderung umfasst in Bayern im Moment eine Basisförderung von 20 % und bei besonders tiergerechten Haltungsformen von 35 %.

Um zum Schluss meiner Rede zu kommen, möchte ich sagen: Ihr Antrag kommt auf der einen Seite zu spät. Auf der anderen Seite verwahre ich mich dagegen, dass Sie der bayerischen Land- und Forstwirtschaft pauschal vorwerfen, die Auflagen zur Tierhaltung, die schon jetzt Fördervoraussetzung sind, seien

zu gering, Ich verwahre mich ausdrücklich dagegen, die Auswirkungen auf mittlere und kleinere Betriebe zu verkennen. Wir wollen auch in Zukunft in Bayern eine bäuerliche Landwirtschaft.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Kollege!

**Jürgen Ströbel (CSU):** Dafür kämpfen wir. Ich lehne mit meiner Fraktion diesen Antrag ab.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Kollege, bitte bleiben Sie am Redepult. Herr Kollege Sprinkart hat sich für eine Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Sie haben das Wort.

**Adi Sprinkart (GRÜNE):** Herr Kollege, zwei Anmerkungen. Erstens. Wie kann es sein, wenn über 50 % der Schweinemäster weniger als 100 Mastschweine haben, dass dann 67 % der Fördermittel in Betriebe mit mehr als 1.500 Mastplätzen gehen? Können Sie mir das erklären? Das ist doch ein Missverhältnis.

Zweitens. Warum schließen Sie die Anbindehaltung von der Förderung aus, obwohl das - und das haben Sie selbst gesagt - gerade die kleinen Rinderhalter, die kleinen Milchviehbetriebe trifft? Diese Betriebe wollen in vielen Fällen keinen Laufstall, sondern einen Anbindestall. Ich will den Anbindestall nicht gutreden, aber Sie messen mit unterschiedlichem Maß. Sie verweisen beim Vollspalten- und beim Teilspaltenboden auf die kleinen Betriebe und sagen, dass die das deshalb nicht umsetzen können. Beim Milchvieh interessiert Sie das aber scheinbar überhaupt nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Kollege, Sie haben das Wort. Bitte schön.

**Jürgen Ströbel (CSU):** Zu ersten Frage: Wir haben in Bayern natürlich eine hohe Anzahl von ganz kleinen schweinehaltenden Betrieben. Das sind diese über 50 %, die weniger als 100 Mastschweine halten. Auf der anderen Seite gibt es in Bayern auch Betriebe, die in die Zukunft investieren. Wir können uns nicht von den bundesweiten Gegebenheiten abschotten. Von daher ist hinsichtlich der Investitionssumme der Anteil höher.

Zum anderen – was war jetzt die zweite Frage?

(Zuruf von den GRÜNEN: Die Anbindehaltung!)

In Bezug auf die Anbindehaltung bin ich der Meinung, dass dies gesamteuropäisch gesehen werden muss. Ich weiß, dass wir in Bayern andere Verhältnisse

haben. Auf Dauer – ich bin mir dabei absolut sicher – ist diese nicht zu halten.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Als Nächste hat Frau Kollegin Maria Noichl von der SPD das Wort.

**Maria Noichl (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte es ganz kurz machen. Der Antrag hat Charme. Wir haben sehr geschwankt, ob wir diesem Antrag zustimmen oder nicht, weil er nach seiner Intention in die richtige Richtung geht. Es ist gut, richtig und notwendig, über die einzelbetrieblichen Investitionsförderungen in Bayern nachzudenken. Es ist auch gut und richtig, darüber kritisch nachzudenken und das klare Ziel vor Augen zu haben. Wir haben ein Ziel: Wir wollen Investitionsförderungen an Umweltauflagen koppeln. Wir wollen sie an Größenordnungen koppeln, und wir wollen das Tierwohl stärker in den Fokus rücken. Wir wollen insgesamt die Ausrichtung neu überdenken; denn – Herr Sprinkart von den GRÜNEN hat es bereits gesagt – die bodengebundene Landwirtschaft ist und bleibt unser Ziel, und es ist unser Ziel, die bäuerlichen Betriebe zu erhalten.

Das heißt, wir hätten Ihrem Antrag halbherzig zugestimmt. Wir wollen uns jedoch bei der Abstimmung über diesen Antrag enthalten, weil wir in dem Antrag bestimmte Schwächen sehen und deswegen nicht zustimmen wollen. Ich möchte jedoch zum Ausdruck bringen, dass der Antrag grob betrachtet in die richtige Richtung geht. Was uns aber nicht behagt, war die konsequente Festlegung auf die Pflicht, 50 % der anfallenden Gülle auf selbst bewirtschafteten Flächen auszubringen. Ich denke, die Festlegung von 50 % ist eine willkürlich gefasste Größenordnung und verträgt sich meiner Meinung nach nicht mit der im ersten Spiegelstrich genannten Möglichkeit, Abnahmeverträge mit anderen Landwirten zu schließen. Es ist nicht völlig geklärt, wie das erfolgen soll. Insofern war es für uns sehr unsicher.

Zum zweiten Spiegelstrich: Sich bei der Tierhaltung konsequent an die BImSchV zu halten und konsequent bestimmte Größenordnungen in den Fokus zu rücken, sehen wir von der SPD insofern als falsch an, als wir nicht den ersten Wert der BImSchV als maßgeblich und wichtig zugrunde legen wollen, sondern wir würden den etwas praktikableren und vielleicht in den Augen der GRÜNEN weniger strengen zweiten der BImSchV vorziehen. Als es damals um die Privilegierung gegangen ist, haben wir das in einem Antrag von unserer Seite deutlich gemacht.

In Bezug auf den dritten Spiegelstrich: Die einzelbetrieblichen Investitionsförderungen unbedingt an eine



tiergerechte Haltung zu koppeln, ist einerseits richtig. Wenn man andererseits mit den Ökoverbänden spricht – diese sind für uns ein wichtiger Partner in der Diskussion –, erfährt man, dass sich diese nicht unbedingt die ganz enge Koppelung wünschen, sondern eine Koppelung dergestalt, dass die Betriebe, die eine Investitionsförderung bekommen, später noch umrüstbar sind und dass eine Umrüstung mehr oder weniger gegeben sein muss, wenn es zum Beispiel zu einer Betriebsübernahme durch die nächste Generation kommt.

Ich möchte betonen: Der Antrag geht im Großen und Ganzen in die richtige Richtung. Wir von der SPD werden uns bei der Abstimmung enthalten, weil er in der Ausführung die eine oder andere Schwäche hat. Ich möchte meinem Vorredner klar widersprechen: Die CSU legt auf diesem Feld immer wieder zwei verschiedene Maßstäbe an: Einerseits wird immer deutlich gemacht, dass das Geld bei der kleinen Landwirtschaft ankommen soll, andererseits tut sie alles, damit die kleine Landwirtschaft das Geld nicht bekommt. Wie gesagt: Meine Fraktion wird sich enthalten.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Als Nächste hat Frau Kollegin Ulrike Müller von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

**Ulrike Müller (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die einzelbetriebliche Investitionsförderung spielt gerade für uns in der Landwirtschaft in Bayern eine entscheidende Rolle. Ich denke, darin sind wir uns alle einig. Gerade wenn wir den Blick auf das Tierwohl richten, wissen wir, dass dem Stallbau eine Schlüsselrolle zugewiesen werden muss. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben ganz klar gezeigt, dass ein Großteil der beantragten Fördermittel in Betriebe geflossen ist, die eigentlich die Kriterien und die gewünschten Ziele der GRÜNEN mit unterstützten. Wenn ich mir die Zahlen genau anschau, dann stelle ich fest, dass die Mittel wirklich in Bestandsgrößen geflossen sind. Über 60 % der Mittel kamen bei milchkuhhaltenden Betrieben zwischen 10 und 100 Kühen an. Ich glaube, genau das ist das, was wir in Bayern wollen, wir wollen diese Betriebe extrem stärken. Das geschieht bei einem solchen Vorgehen.

Übrigens, lieber Kollege Sprinkart, nach den mir vorliegenden Zahlen sind 18,3 % der Fördergelder in die Schweinehaltung geflossen. Wenn wir trotzdem bei der Rinderhaltung bleiben: Wir von den FREIEN WÄHLERN stehen zu der traditionellen Tierhaltungsform und sehen die Diskussionen um das Tierwohl kritisch. Gerade im Hinblick auf die Stärkung der klei-

neren Betriebe brauchen wir Übergangszeiten, wenn eine Anbindehaltung auf Dauer verboten würde.

Eines ist klar: Gut die Hälfte der Milchkühe steht tatsächlich in Laufställen, und in Bezug auf die andere Hälfte muss noch nachgebessert werden. Insofern ist es gut, dass wir bei der einzelbetrieblichen Förderung Zuschläge in Bezug auf das Tierwohl haben. Die Tierhaltung alleine auf ökologische Kriterien auszurichten, sehen wir kritisch. Das würde das Ziel letztendlich verfehlen und ginge an der Realität der Märkte vorbei. Eines ist klar: Nur eine gewisse Anzahl von Verbrauchern ist bereit, einen höheren Preis für Ökoprodukte zu bezahlen. Die Realität der Märkte spricht aber eine andere Sprache.

Wir von den FREIEN WÄHLERN stehen ganz klar zu der kleinstrukturierten bäuerlichen Landwirtschaft in Bayern. Die durchschnittliche GV-Besatzgröße liegt nun einmal bei 0,95 GV je Hektar. Lieber Kollege Sprinkart, dem Antrag, den du uns vorgetragen hast, können wir selbstverständlich nicht zustimmen, weil im ersten Spiegelstrich – meine Kollegin hat es bereits ausgeführt – die Grenze von 2,0 GV nur dadurch umgangen wird, dass man Abnahmeverträge in Bezug auf die Gülle mit einbringt. Die starre GV-Grenze im Zusammenhang mit dem heiß umkämpften Flächenmarkt zugrunde zu legen, würde für viele Betriebe zusätzliche Kriterien einbauen, die nach unserer Meinung nicht förderlich erscheinen.

Im Großen und Ganzen ist der Antrag auf viel Bürokratie und viel Kontrolle aufgebaut. Wir können andere Möglichkeiten nutzen, um zum Ziel zu kommen. Wir sind der Meinung: Dieser Antrag führt in eine Sackgasse, und wir lehnen ihn ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Als Nächster hat der Kollege Thomas Dechant von der FDP das Wort.

**Thomas Dechant (FDP):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der GRÜNEN geht, wie so oft bei Oppositionsanträgen, in eine Richtung, die im ersten Moment als gut und auch bei einem zweiten Blick als richtig angesehen wird. Ich möchte aber angesichts der Beratung des Antrags eine Bemerkung machen: Kollege Adi Sprinkart hat es so dargestellt, als ob die Staatsregierung, die CSU-Fraktion und die FDP-Fraktion dieses Thema überhaupt nicht im Visier hätten und sie in eine falsche Richtung gehen wollten. Die stimmt so nicht. Wir, die CSU und die FDP, stehen zu unseren Familienbetrieben, und wir wollen, dass unsere Familienbetriebe eine Zukunft haben.

(Beifall bei der FDP)

Wenn ich mir Ihren Antrag ansehe, dann frage ich mich, wo Sie die Zukunft sehen. Ich erkläre Ihnen, was die Bayerische Staatsregierung getan hat, was letztlich richtig und wichtig war. Auf Drängen und auf einen Entwurf der Bayerischen Staatsregierung hin wurde in dem zukünftigen GAK-Rahmenplan festgelegt, dass eine Förderung der Tierhaltung nur noch möglich ist, wenn die gesetzlichen Standards übertroffen werden. Das heißt, wir binden die Förderung europaweit daran, dass Tierhaltungsstandards übertroffen werden. Das ist eine Tatsache, und das ist auch so richtig. Das ist bei diesem Thema die richtige Vorgehensweise.

Wenn wir so vorgehen wie Sie, belasten wir unsere Landwirte im Wettbewerb. Sie haben dann keine Chance. Wir müssen es in europaweiter Politik hinkriegen, dass wir gemeinsam eine Verbesserung erreichen und nicht unseren Landwirten einen Mühlstein um den Hals hängen und sie mit dem Mühlstein alleine lassen.

Meine Kolleginnen und Kollegen haben es vorhin schon gesagt, Sie machen mit den GV-Zahlen einen Betrieb in seiner Entwicklung erpressbar, und zwar sowohl in Punkt 1 als auch in Punkt 2, wo Sie das so vorschreiben. Wenn der Landwirt ein Problem hat, an Flächen zu kommen, oder ihm die Fläche, die er hatte, weggepachtet wird, weil ein anderer mehr bezahlen kann, dann hat er ein Problem. All das ist in Ihrem Antrag nicht berücksichtigt.

Sie haben hier gesagt, welche Landwirtschaft Sie sich vorstellen. Jetzt sage ich Ihnen, welche Landwirtschaft wir uns vorstellen und welche Landwirtschaft wir fördern. Wir fördern unsere bäuerlichen Betriebe, wir fördern unsere Familienbetriebe. Wir wollen unsere kleinstrukturierte Landwirtschaft in Bayern erhalten. Wir wollen erreichen, dass diese Landwirtschaft eine Zukunft hat. Ich sehe, Herr Sprinkart hat sich schon gemeldet. Dann können wir noch länger darüber diskutieren.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das erreichen wir nicht, wenn wir in Bayern einzelne Maßnahmen angehen und unsere Landwirtschaft im Wettbewerb schwächen, sondern das erreichen wir nur dadurch, dass wir auf europäischer Ebene entsprechende Regelungen langsam vorantreiben und so europaweit im Sinne der Tiere und im Sinne der Verbraucher etwas erreichen, wovon alle profitieren. Wenn wir in Bayern isoliert etwas tun, werden wir gar nichts erreichen. Dann belasten wir nur unsere Landwirtschaft. Darum lehnen wir den Antrag aus Überzeugung ab.

(Beifall bei der FDP)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Kollege Dechant, bleiben Sie bitte noch am Redepult. Kollege Sprinkart hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege Sprinkart.

**Adi Sprinkart (GRÜNE):** Herr Kollege, wenn Sie ausführen, dass eine Besatzhöhe von 2,0 Großvieheinheiten je Hektar die Bauern erpressbar macht, darf ich dann daraus schließen, dass bis 2006 die Staatsregierung die Bauern erpressbar gemacht hat? Denn bis 2006 galt die 2,0-GV-Regelung.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Kollege Dechant, Sie haben das Wort.

**Thomas Dechant (FDP):** Ich antworte schon darauf. Diese Staatsregierung war damals noch ohne Beteiligung der FDP.

(Adi Sprinkart (GRÜNE): Aha!)

Darum kann ich keine Stellung dazu nehmen, was damals gemacht wurde. Das wäre rein spekulativ. Ich stehe zu dem, was ich jetzt gesagt habe, und meine das auch so.

(Beifall bei der FDP)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Es ist namentliche Abstimmung beantragt worden. Die Urnen stehen an den bekannten Stellen. Für die namentliche Abstimmung sind fünf Minuten vorgesehen. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 16.03 bis 16.08 Uhr)

Die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen. Das Ergebnis der Abstimmung wird außerhalb des Saales ermittelt und zu gegebener Zeit bekannt gegeben.

Wir fahren mit der Beratung erst fort, wenn sich die Kolleginnen und Kollegen wieder auf ihre Plätze begeben haben.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Bernhard Roos u. a. und Fraktion (SPD), Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),**



**Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber und Fraktion (FREIE WÄHLER)**  
**Auflösung der Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Energiewende in Bayern**  
**(Drs. 16/15543)**

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Kollege Ludwig Wörner von der SPD. Bitte schön, Herr Kollege. Sie haben das Wort.

**Ludwig Wörner (SPD):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Energiekommission, die zweite, dritte, vierte – egal; das Ergebnis war, dass wir gefordert haben, sie aufzulösen. Wie recht wir damit hatten, zeigt sich aktuell heute. Sie sind nicht einmal in der Lage, Ihre eigenen Schwarz-Gelben in Europa in den Senkel zu stellen.

(Tobias Thalhammer (FDP): Sprechen Sie zum Thema!)

- Sie dürfen nachher reden, falls Sie dazu kommen -,

(Tobias Thalhammer (FDP): Vorfremde ist die schönste Freude!)

den Emissionshandel zu sichern, damit sichergestellt wird, dass Kohle nicht weiterhin Vorrang vor allem anderen hat. Das haben Sie heute damit entschieden. Sie wollen weiterhin wie die Verrückten CO<sub>2</sub> produzieren, anstatt zu sagen, wir reduzieren den CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Das wäre nur gegangen, wenn man den Zertifikathandel so aufgestellt hätte, wie wir das mal besprochen hatten.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Nicht einmal da können Sie sich durchsetzen. Erbärmlich! Sie haben sich bei Haushaltsanträgen in Ihren eigenen Fraktionen nicht durchsetzen können. Deshalb haben wir die Energiekommission verlassen, wie Sie alle wissen. Es war ein erbärmlicher Zustand, und er hat sich fortgesetzt. Ich habe mit großem Interesse Ihren Fragenkatalog zu den Anhörungen gelesen. Meine Freunde kann ich selber einladen, da muss ich keine Kommission machen. Um mir das sagen zu lassen, was ich schon weiß, brauche ich keine Kommission. Kritisch hätte man nachfragen müssen an vielen Stellen. Das haben Sie nicht getan. Darum war es völlig richtig, dass wir aus dieser Kommission ausgestiegen sind und gefordert haben, diese Kommission aufzulösen. Sie hat doch bis heute weder etwas bewegt noch etwas erreicht.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Sie haben bis heute kein Pumpspeicherkataster. Sie haben bis heute nicht die Wertstufen im Windatlas. Bei der Wasserkraft haben Sie die Beerdigung verkündet. Bei der Wasserkraft machen Sie gar nichts mehr, weil Sie sich nicht einigen können, anstatt auf den Tisch zu hauen und den Mut zu haben, dass der Primat der Politik gilt. Wenn sich zwei Gruppierungen nicht einigen können, kneift man. Das kann es wohl nicht sein. Man kneift in der entscheidenden Situation und gibt damit an, wie toll wir bei der Wasserkraft sind. In Wirklichkeit war es keiner von uns, sondern Oskar von Miller, der die Wasserkraft so weit gebracht hat, wie sie heute ist. Aber man tut nichts mehr, weil man es sich mit den Verbänden nicht verscherzen will. Man muss in der Politik jedoch den Mut haben, zu sagen: Dafür sind wir gewählt; wenn wir keine Verständigung mit euch erreichen, treffen wir die Entscheidungen.

Und heute gibt es die Katastrophe beim Zertifikathandel. Das ist mehr oder weniger nicht nur eine mittelprächtige Niederlage, sondern die Katastrophe für den Umweltschutz. Es ist aber auch eine Katastrophe für die Politik. Sie selber haben doch Stein und Bein geschworen, im Dreiklang einen besseren Klimaschutz zu erreichen. Ja, wo ist er denn? Heute haben Sie ihn beerdigt. So können Sie natürlich überhaupt nichts mehr erreichen.

Wir meinen: Die Energiekommission wird zum Rohrkrepierer, aber nicht nur deshalb, weil wir nicht dabei sind, sondern auch, weil Sie nicht in der Lage sind, die richtigen Fragen zu stellen. Solange wir die Fragenkataloge abgeliefert haben, waren es noch echte Fragen. Aber heute geht es um Selbstbeweihräucherung. Dazu braucht man keine Kommission.

(Beifall bei der SPD)

Wir hätten eine Kommission gebraucht, die das, was wir zusammen mit einigen anderen von Anfang an wollten, getan hätte, nämlich Wege aufzuzeigen und Lösungen umzusetzen. Dies haben Sie jedoch beerdigt, weil man einem Minister nicht zu nahe treten wollte. Ich verstehe es ja: Wenn ein Minister nichts auf die Beine bringt, dann darf man das so nicht aussprechen. Dass die FDP dabei nicht glücklich ist, kann ich verstehen. Aber deswegen eine ganze Kommission absaufen zu lassen, weil man noch nicht einmal die notwendigen Antworten auf die Fragen geben darf, ist doch nicht vertretbar. Wenn mir Experten zu der Sache etwas sagen und wir dies als richtig empfinden, aber aufgrund dessen man noch nicht einmal Anträge stellen darf - was für Parlamentarier das richtige Instrument wäre -, weil man dabei vielleicht den eigenen Minister beleidigen könnte, dann ist das ein Armutszeugnis für die, die da etwas verhindern.

(Beifall bei der SPD)

Aber so kann man Politik nur dann verstehen, wenn man eigentlich gar keine Politik machen will, sondern seinen Minister schützen und schonen muss, weil er in der Frage der Energiewende nichts auf die Beine stellt.

(Tobias Thalhammer (FDP): Mit Ihrer Abwesenheit können Sie keine Politik machen!)

- Keine Sorge! Wir machen unsere Politik. Wir haben unsere Anträge gestellt. Aber was soll ich in einer Kommission, wo ich sowieso nichts erreiche, weil Sie alles ablehnen?

(Tobias Thalhammer (FDP): Sie hätten Ihre Ideen einbringen können!)

- Lieber Herr Kollege Thalhammer, Sie haben, wenn es hart auf hart ging, in der Regel erst einmal die große Klappe gehabt. Sie haben an vielen Stellen etwas gesagt. Beim Stichwort "Bergamt" haben Sie einmal die dicke Hose angezogen – wie Sie es mir gegenüber grob formuliert haben -, und dann haben Sie sie wieder ausziehen müssen, weil Ihr Minister Sie zurückgepfiffen hat. Das ist für einen Abgeordneten erbärmlich. Erbärmlicher geht es überhaupt nicht. Es geht nicht, dass ich mir als Abgeordneter von einem Minister sagen lassen muss, was ich tun darf oder nicht.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Kollege Wörner, ich darf Sie an die Redezeit erinnern.

**Ludwig Wörner (SPD):** So etwas würde ich mir als Abgeordneter nicht bieten lassen. Da unterscheiden wir uns heute zwar geringfügig, aber in der Sache sehr ernsthaft.

Wir werden bei unserem Votum bleiben: Ablehnung. Beerdigen Sie die Kommission; das ist gescheit.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Ich setze Sie davon in Kenntnis, dass die CSU-Fraktion zu diesem Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat.

Jetzt gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Bause, Dr. Runge, Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), betreffend "Einzelbetriebliche Investitionsförderung", Drucksache 16/15536, bekannt. Mit Ja haben 15, mit Nein 104 Abgeordnete gestimmt. Es gab 34 Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Als Nächster hat der Kollege Ludwig Hartmann von den GRÜNEN das Wort.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema haben wir bereits Anfang Februar diskutiert. Ich habe damals ausführlich dazu gesprochen.

Die grüne Landtagsfraktion stand der Energiekommission von Anfang an sehr kritisch gegenüber. Wir hatten eigentlich einen Energieausschuss gefordert. Wir haben 16 Monate intensiv mitgearbeitet, und unsere Befürchtungen haben sich bestätigt. In dem Gremium gab es durchaus gute Fachanhörungen. Aber der politische Wille, davon nachher etwas in dieses Haus zu tragen, war definitiv nicht vorhanden. Das möchte ich an drei Beispielen deutlich machen.

Bei dem Zwischenbericht haben wir relativ lange um die Formulierungen gerungen. Wir hatten fast schon ein teilweises Geben und Nehmen. Dann haben wir uns auf einen Zwischenbericht verständigt. Aber selbst die Ergebnisse dieses Zwischenberichts haben nicht den Weg zu Haushaltsanträgen in diesem Hohen Haus gefunden. Das heißt: Der Konsens in der Kommission ist nicht zu einem Konsens im Plenum geworden. Das war mit ein Grund, die Kommission zu verlassen.

Ich empfehle den Kolleginnen und Kollegen der CSU und der FDP, die Pressemitteilung der Kollegen Reiß und Tobias Thalhammer vom 5. Februar 2013 zu lesen. In der Pressemitteilung haben diese Kollegen keinen einzigen Punkt gefunden, in dem die Energiekommission erfolgreich gewesen ist. Sie konnten gar nichts darstellen.

Des Weiteren gab es fast schon eine planmäßige Missachtung der Kommission durch die Staatsregierung. Sie müssen sich vorstellen: Die Staatsregierung bzw. die zuständigen Minister haben natürlich gern die pressewirksamen Termine in der Kommission wahrgenommen. Neue Informationen konnten sie der Kommission aber nicht darlegen. Meistens hatte die Kommission – ob Gebietskulisse Windkraft, Bayernplan, Wasserkrafterlass usw. – erst aus der Presse erfahren, was läuft. Sie wurde vorher nicht informiert.

Ich war ganz erstaunt, Folgendes zu lesen. Minister Zeil hat uns am 10. April ganz deutlich recht gegeben bezüglich Planlosigkeit und des unzureichenden Handelns dieser Staatsregierung. Der "Süddeutschen Zeitung" vom 10. April konnte man entnehmen, vom CSU-geführten Umweltministerium verlange der Wirtschaftsminister, endlich den Pumpspeicherkataster für ganz Bayern vorzulegen. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir fordern diesen Kataster in diesem Haus schon seit über zwei Jahren. Die Energie-

kommission möchte einen Pumpspeicherkataster haben. Es sollte ein Speicherkataster vorgelegt werden. Aber nichts dergleichen ist passiert. Selbst der Wirtschaftsminister musste von seinem Kollegen im Kabinett über die Zeitung fordern, diesen Kataster endlich vorzulegen.

Die Energiekommission war immer ein Placebo. Das hat sich deutlich bestätigt. Deshalb haben wir die Mitarbeit beendet. Wir tragen die Debatte lieber in das Plenum und vertagen sie nicht ins Hinterzimmer. Wir missbrauchen das Gremium auch nicht für den Wahlkampf. Wir überlassen es lieber den Regierungsfraktionen für ihren Wahlkampf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Als Nächster hat Kollege Thorsten Glauber von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

**Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER):** Verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Gäste! Ich habe immer gesagt, dass die Energiekommission einen höheren Wert bekommen muss, dass wir so etwas wie einen Energieausschuss brauchen, dass wir das Hickhack zwischen den drei Ministerien um die Zuständigkeit nicht geordnet bekommen. Wir bräuchten ein Energieministerium, um das, so nenne ich es, Jahrhundertziel Energiewende zu realisieren. Wir bräuchten eine Entzerrung der Zuständigkeiten. – All das wurde nicht gemacht.

Wir haben in der Energiekommission über Monate hinweg konstruktiv an Anträgen gearbeitet. Leider wollte man daraus keine Haushaltsanträge machen, die der Opposition ein Stück Anerkennung gegeben hätten. Das zeigt das politische Verständnis der Regierungsfraktionen.

Sie haben diese Kommission als Placebo eingesetzt, dabei bleibe ich. Sie wollten nicht, dass diese Haushaltsanträge, die konstruktiv erarbeitet wurden, auch der Opposition zugutekommen. Sie waren der Energiewende als Ganzes geschuldet. Man hat sehr früh mit Wahlkampf begonnen. Man hat gesagt: nichts der Opposition zugestehen.

Von daher ist es ein logischer Schritt, dass die einen aussteigen, wenn man kein Miteinander mehr pflegt; denn sie müssen nicht Ihre Arbeit machen, wenn sie mit der Arbeit allein gelassen werden.

Bis jetzt hat die Energiekommission genau zweimal Aufmerksamkeit gefunden, das erste Mal beim Zwischenbericht und der Kritik daran, wie man ihn umsetzt, und das zweite Mal bei ihrer Auflösung. An-

sonsten ist die Energiekommission nicht vorgekommen. Das ist Fakt in diesem Haus.

(Tobias Thalhammer (FDP): Ihnen geht es also um die Öffentlichkeitswirkung!)

Obwohl wir also konstruktiv miteinander gearbeitet haben, wird jetzt draußen erzählt, dass die Oppositionsfraktionen bei den Veranstaltungen nicht anwesend gewesen seien. Tobias Reiß lässt momentan keine Veranstaltung aus, um zu sagen: Die FREIEN WÄHLER waren nicht auf den Veranstaltungen der Energiekommission.

(Tobias Thalhammer (FDP): Ich auch nicht! Ich sage das auch immer!)

Es ist durchaus möglich, dass wir in der Kommission waren; denn die CSU neigt manchmal dazu, FREIE WÄHLER aus Bildern herauszulöschen. Wenn man aus Bildern und Berichten herausgelöscht wird, dann war man nicht anwesend, obwohl man vielleicht doch anwesend war. Das zeigt auch den Umgang miteinander.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Hört, hört! Schande! - Lachen des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Wir waren dort. Wir haben konstruktiv mitgearbeitet. Wir haben Vorschläge gemacht. Ab September werden wir mit einem Energieausschuss und einem Energieministerium die Energiewende in Bayern voranbringen. Denn so, wie Sie es im Moment machen, wird es nichts werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der Abgeordneten Inge Aures (SPD))

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Als Nächster hat der Kollege Tobias Reiß von der Christlich-Sozialen Union das Wort.

**Tobias Reiß (CSU):** Herr Präsident, liebe Kollegen! Ich wundere mich, dass Kollege Glauber offensichtlich alle meine politischen Veranstaltungen begleiten lässt,

(Tobias Thalhammer (FDP): Er will was lernen!)

weil er weiß, was ich sage und was ich nicht sage. Über seine Anwesenheit bei den Debatten der Energiekommission können sich alle ein Urteil erlauben, die selber bei den Sitzungen waren.

Zum heutigen Antrag – der Kollege Wörner hat es gesagt -: Den können Sie noch fünfmal vorlegen, und

wir werden ihn fünfmal ablehnen und die Arbeit der Energiekommission sauber zu Ende führen.

Wenn die Anhörungen kritisiert werden, weil wir Experten eingeladen haben: Sie hatten genauso Gelegenheit, eigene Experten einzuladen. Die letzte Anhörung zur Bezahlbarkeit der Energiewende war meines Erachtens eine der besten Anhörungen überhaupt. Wenn beispielsweise der Chef von General Electric bei uns ist und sich die Zeit nimmt, mit uns über die Fragen der zukünftigen Energiearchitektur zu diskutieren, Sie es aber vorziehen, zu Hause Däumchen zu drehen, dann ist das bitte Ihre Sache. Wenn wir für Donnerstag Initiativen, Bürgermeister, Vertreter von Energiegenossenschaften aus ganz Bayern in die Energiekommission zur Diskussion und zur Vorstellung ihrer erfolgreichen Maßnahmen und Aktionen eingeladen haben, aber Sie zu Hause Däumchen drehen, bitte, dann ist das Ihre Sache. Jeder muss selber wissen, wie er seinem Mandat gerecht wird.

Wenn man die Arbeit und das Arbeitsprogramm, das wir in der Energiekommission abgewickelt haben, kritisiert, dann darf ich darauf hinweisen, dass wir das gesamte Arbeitsprogramm, jeden einzelnen Termin, jede einzelne Sitzung, jedes Thema, die gesamte Planung jeweils mit allen Fraktionen abgestimmt hatten. Das gilt für das Programm bis zum Schlussbericht. Wir haben inhaltlich, zeitlich, sachlich alles gemeinsam festgelegt. Wenn man dann von "Missachtung" oder von "Hinterzimmern" spricht, muss ich schon darauf hinweisen, dass alle Sitzungen öffentlich waren.

Ein Beispiel, Kollege Hartmann, dazu, was die "Missachtung" anbelangt, Thema Fragenkatalog Strom: Da steht heute noch auf der Seite des Kollegen Hartmann, dass "trotz mehrerer Interventionen der GRÜNEN" in den Sitzungen, beim Kommissionsvorsitzenden, in Gesprächen mit dem Wirtschaftsministerium eine vollständige Beantwortung noch immer nicht vorliege. Das schreibt er als Kommentar und hat sich auch entsprechend in der Pressekonferenz zum Zwischenbericht geäußert. Dabei hat der zuständige Mitarbeiter des Wirtschaftsministeriums am 3. August alle Fragen, die wir gemeinsam bei einem Gespräch mit dem Abteilungsleiter im Ministerium besprochen hatten, vorgelegt und 20 Seiten Fragen beantwortet. Aber noch heute behauptet Kollege Hartmann, diese Fragen seien nicht beantwortet. Nachfragen dazu gab es keine mehr. Da ist schon die Frage, wann diese Unwahrheiten endlich von der Homepage verschwinden.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Die Energiewende ist keine Angelegenheit von nur zwei Jahren. Dass dafür jemals ein Minister der FREIEN WÄHLER zuständig werden wird, lieber Herr Kollege Glauber, das bleibt Ihr Traum, auch wenn wir wissen, dass wir in vielen Bereichen vor Herausforderungen stehen, wobei der Ausbau der erneuerbaren Energien sicher noch die geringste ist.

Wir brauchen etliche neue Vorschläge und Initiativen, ob das die EEG-Reform ist mit mehr Gesamtverantwortung für eine sichere Versorgung, ob es die wohl auch in Bayern kommenden regionalen Versorgungsengpässe sind, wo wir uns um einen zügigeren Netzausbau, um ein neues Marktdesign, eben um das, was Kollege Wörner auch angesprochen hat, kümmern müssen, dass wir mehr Anreize brauchen für flexible, effiziente und klimafreundliche neue Kraftwerke als mit dem heutigen Strommarktdesign, wozu sicher auch der Emissionshandel zählt. Wo die Kohlekraftwerke auch wegen der zu geringen Zertifikatpreise ein geringes operatives Risiko haben und hohe Margen erzielen können, während gleichzeitig die Gaskraftwerke nicht wirtschaftlich betrieben werden können; das muss abgelöst werden.

Mit solchen Fragen haben wir uns in 30 Sitzungen mit 60 Experten beschäftigt. Daraus werden wir auch im Schlussbericht entsprechende Handlungsempfehlungen ableiten. Wenn die Opposition dabei nicht mitmachen will, ist das ihre Sache. Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Kollege Wörner hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bleiben Sie deswegen bitte noch am Redepult.

**Ludwig Wörner (SPD):** Herr Kollege Reiß, ich wollte eigentlich nicht mehr sprechen, aber wenn Sie sagen, wir hätten zu Hause Däumchen gedreht, dann verwahre ich mich dagegen für meine Person aufs Schärfste.

Wer Däumchen gedreht hat, das sind doch Sie gewesen. Wir hatten eine klare Vereinbarung, wie wir es machen wollen. Wir wollten beweisen, dass Politik zu etwas fähig ist im Parlament. Wer hat sich denn daran nicht gehalten - Sie oder wir? Sie waren es doch, der im eigenen Laden die Anträge, die wir gemeinsam abgestimmt hatten, nicht durchsetzen konnte. Sie haben doch eine erbärmliche Rolle gespielt, nicht wir.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Widerspruch bei der CSU)

Da erzählen Sie heute vom Däumchendrehen. Ich halte das für eine Unverschämtheit. Wenn jemand Däumchen dreht, dann sind Sie das. Sie und die FDP



lassen sich doch alles von Ihren Ministerien aufschreiben, damit Sie ja nichts falsch machen können – im Gegensatz zu uns. Wir dürfen Gott sei Dank selber denken und frei handeln.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ein Übriges möchte ich Ihnen noch sagen. Wir haben uns an die Festlegungen gehalten. Wer sich nicht daran gehalten hat, waren Sie, deshalb war unser Antrag, auszusteigen. Denn ich halte es für ganz übel, wenn man sich nicht an Spielregeln hält, die man vorher vereinbart hat.

Ob der Einzelne etwas dafür kann, weiß ich nicht, das will ich auch nicht wissen. Aber verantwortlich ist er zumindest für das, was er erst einmal zugesagt und dann nicht gehalten hat. Ich halte mich an mein Wort. Wer das nicht getan hat, muss sich an der eigenen Nase packen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Kollege Reiß, Sie haben das Wort.

**Tobias Reiß (CSU):** Kollege Wörner, auch ich halte mich an mein Wort. Wir haben alles das, was wir zugesagt hatten, auch eingehalten. Wenn Sie die Dinge, die noch in der Diskussion waren, letztlich darauf reduzieren, dass wir uns über zwei, drei Themen verständigt hatten, die dann nicht im Haushalt aufscheinen: Wie gesagt, die Fragen der Energiewende sind nicht Angelegenheit von einem Jahr oder von zwei Jahren. Wir arbeiten nach wie vor an den Fragen, die in den Schlussbericht kommen sollen. Wir haben stets das, was wir gemeinsam besprochen haben, auch umgesetzt. Noch einmal: Es war alles im Einzelnen mit Ihnen abgestimmt und abgesprochen. Die Sitzungen waren öffentlich. Wir haben das Arbeitsprogramm so abgearbeitet, wie es mit Ihnen festgelegt war. Wenn Sie dann sagen, Sie steigen aus, dann ist das Ihr Wahlkampf und nicht der unsere. Wir wollen die Arbeit der Energiekommission bis zur Vorlage des Schlussberichts, der hier am 16. Mai zur Aussprache kommen wird, fortsetzen und werden dann sicherlich auch mit den besseren Energiekonzepten in eine gute Zukunft für den Freistaat Bayern gehen. – Danke schön.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. Nun hat noch der Kollege Tobias Thalhammer von der FDP das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Tobias Thalhammer (FDP):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn Herr Kollege Reiß von der CSU auf seiner Veranstaltung explizit darauf hinweist, dass die FREIEN WÄHLER zum Beispiel in der Energiekommission nicht anwesend waren, dann muss ich sagen: Jawohl, das mache ich auch. Und mit was? Mit Recht! Man muss den Leuten draußen schon sagen, dass Sie von der Opposition, ob GRÜNE, ob SPD, ob FREIE WÄHLER – es wird ja nichts besser, sondern eher noch schlechter –,

(Markus Rinderspacher (SPD): Na, na!)

seit geraumer Zeit in der Energiekommission Arbeitsverweigerung betreiben.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Wörner, der seines Zeichens immerhin einmal stellvertretender Vorsitzender war, hat im Zusammenhang mit der Kommission das Wort "erbärmlich" in den Mund genommen. Einzig und allein das Nichtstun und damit das Nichtwissen vonseiten der Oppositionsparteien finde ich erbärmlich. Ich möchte Ihnen vorhalten, was Sie in der Energiekommission alles versäumt haben, wo Sie versäumt haben, Ihre eklatanten grün-rot-orangen Wissenslücken zu füllen.

Zum Beispiel haben Sie am 28. Februar 2013 bei der Expertenanhörung zur Energieeffizienz die Experten Professor Jochen Fricke, den Cluster-Sprecher für die Energietechnik vom Bayerischen Zentrum für Angewandte Energieforschung, ebenso verpasst wie Christian Noll von der Deutschen Unternehmerinitiative Energieeffizienz -DENEFF -, Dr. Martin Pehnt vom Institut für Energie- und Umweltforschung, im Übrigen extra aus Heidelberg angereist, Professor Dr. Siegfried Russwurm, Mitglied im Vorstand der Siemens AG und Dr. Stefan Thomas, Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie. Darüber hinaus haben Sie am 24. März 2013 die intensiven internen Beratungen über das Fazit, das wir aus all diesem Expertenwissen ziehen wollten, versäumt und damit verpasst, Ihre eklatanten rot-grün-orangen Wissenslücken zu füllen. Des Weiteren haben Sie am 21. März 2013 die Expertenanhörung zur Bezahlbarkeit der Energiewende versäumt, und damit Ihre rot-grün-orangen Wissenslücken nicht gefüllt:

(Zuruf von der SPD)

- Kolleginnen und Kollegen, da müssen Sie jetzt durch. Da sehen Sie einmal, was Sie alles versäumt haben.

(Karsten Klein (FDP): Skandalös ist das!)

Stefan Albat, der stellvertretende Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, Professor Dr. Marc Oliver Bettzüge, Universität zu Köln, Lehrstuhl für Energiewirtschaft,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Detlef Fischer, den Geschäftsführer des Verbandes der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft, von der Wacker Chemie Herrn Dr. Gilles und Herrn Dr. Heyen – Wacker Chemie ist hochkarätig vertreten gewesen -, Professor Dr. Karen Pittel vom ifo Institut, die Bereichsleiterin Energie, Umwelt und erschöpfbare Ressourcen, und Professor Dr. Stephan Reimelt von GE, der Chef eines bedeutenden Unternehmens. Auf ihn hat Herr Reiß bereits hingewiesen.

Sie haben darüber hinaus die Sitzung am 15. April 2013 versäumt, in der wir uns intensiv mit all dem Expertenwissen auseinandergesetzt und die Anhörung zur Bezahlbarkeit der Energiewende aufgearbeitet haben, und damit die Chance verpasst, Ihre rot-grün-orangen Wissenslücken zu füllen.

Sie hätten noch eine Chance. Vielleicht verpassen Sie das nicht. Wir haben nämlich am Donnerstag wieder eine sehr interessante Zusammenkunft. Ich lade Sie noch einmal ganz herzlich parlamentarisch ein, an der Sitzung am 18. April, am kommenden Donnerstag, teilzunehmen. Dann geht es um das entscheidende Thema der Bürgerakzeptanz und Bürgerbeteiligung bei der Energiewende.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Damit wollte ich nur sagen: Ich finde, Sie legen eine Verweigerungshaltung an den Tag. Sie verweigern es, in der Sache voranzukommen. Sie verweigern auch die Erfüllung des Auftrags, den Sie von den Wählerinnen und Wählern mitbekommen haben, sich für das Vorankommen von Bayern einzubringen. Ich sage es eindeutig: Sie betreiben rot-grün-orangene Arbeitsverweigerung!

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir von CSU und FDP gestalten Bayern, wir bringen die Energiewende voran, wir sehen die ökologische und ökonomische Chance für eine Politik des Zeitalters der erneuerbaren Energien. Sie machen gar nichts. Sie meckern nur, aber werden nicht produktiv. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist vielleicht dann doch der entscheidende Unterschied, warum Sie in der Opposition und wir in der Regierung sind. Die Leute draußen müssen wissen, dass Sie sich Ihrer Arbeit nicht stellen.

(Zuruf der Abgeordneten Inge Aures (SPD))

Glauben Sie mir: Es wird deshalb auch bei den kommenden Wahlen so bleiben. Rot-Grün-Orange wird auch aus diesem Grund in der Opposition bleiben. CSU und FDP gestalten Bayern als Regierungsfractionen. Das war so, das ist so, und das wird so sein. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Es ist namentliche Abstimmung beantragt. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung. An den bekannten Stellen sind wieder die Urnen aufgestellt. Für die Abstimmung sind drei Minuten vorgesehen. – Ich bitte, anschließend noch im Saal zu bleiben, weil ich auf das Abstimmungsergebnis warten und erst nach dessen Bekanntgabe die Sitzung für heute schließen werde.

(Namentliche Abstimmung von 16.37 bis 16.40 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Abstimmungszeit ist um. Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte, die Stimmen außerhalb des Saales auszuzählen. Wir warten noch so lange, bis das Ergebnis vorliegt. Ich werde es verkünden, bevor wir die Sitzung heute beenden.

(Unterbrechung von 16.41 bis 16.42 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Wörner, Roos u.a. und Fraktion (SPD), Bause, Dr. Runge, Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Aiwanger, Streibl, Glauber und Fraktion (FREIE WÄHLER) auf Drucksache 16/15543 bekannt. Mit Ja haben gestimmt 65 Abgeordnete, mit Nein 83, Stimmenthaltungen: keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Meine Damen und Herren, somit ist der Tagesordnungspunkt 5 sowie auch die gesamte Tagesordnung dieser Plenarsitzung erledigt. Ich schließe die Sitzung, wünsche einen guten Nachhauseweg und eine weitere gute Woche.

(Schluss: 16.43 Uhr)



**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 3)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
 Konkordatslehrstühle an bayerischen Universitäten:  
 Stand der Verhandlungen mit dem Heiligen Stuhl  
 Drs. 16/12621, 16/16219 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Albert Füracker, Annemarie Biechl u.a. CSU, Thomas Hacker, Thomas Dechant, Dr. Andreas Fischer u.a. und Fraktion (FDP)  
 Lage der Bienenhaltung in Bayern  
 Drs. 16/15452, 16/16157 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
 Personalstand und Personalbedarf  
 Drs. 16/15535, 16/16246 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Andreas Fischer, Tobias Thalhammer, Dr. Otto Bertermann u.a. und Fraktion (FDP)  
Bericht über Beschlagnahme von Daten der Augsburger Allgemeinen Zeitung am 28. Januar 2013  
Drs. 16/15548, 16/16258 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar u.a. SPD  
Emissionswerte und Sicherheit des Forschungsreaktors FRM II  
Drs. 16/15552, 16/16260 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Maria Noichl, Horst Arnold u.a. und Fraktion (SPD)  
Streichung der Umlage gemäß § 22 des Gesetzes über den Verkehr mit Milch, Milcherzeugnissen und Fetten (Milch- und Fettgesetz)  
Drs. 16/15621, 16/16261 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Karin Pranghofer, Margit Wild u.a. SPD  
Bericht über die Pauschalierung der Sachkosten an Schulen in freier Trägerschaft nach Art. 32 BaySchFG  
Drs. 16/15631, 16/16266 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Maria Noichl SPD  
WTG-Stunden in der Grundschule  
Drs. 16/15625, 16/16265 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung, Jugend und Sport

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Ulrike Müller,  
Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Pferdefleischskandal – Fakten auf den Tisch und entsprechende Konsequenzen ziehen –  
regionale Strukturen stärken  
Drs. 16/15708, 16/16255 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Gesundheit

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Tobias Thalhammer, Thomas Dechant,  
Dietrich Freiherr von Gumpenberg und Fraktion (FDP)  
Asiatischen Laubholzbockkäfer wirkungsvoll bekämpfen  
Drs. 16/15710, 16/16262 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Sabine Dittmar,  
Kathrin Sonnenholzner u.a. und Fraktion (SPD)  
Schnelles Handeln im Pferdefleischskandal – besseres Informationsrecht der Verbraucher  
Drs. 16/15711, 16/16257 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Gesundheit

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Stärkung der Musik in Bayern: Erhalt des Luftwaffenmusikkorps 1 in Neubiberg  
Drs. 16/15712, 16/16220 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Hochschule, Forschung und Kultur

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Karl Freller, Dr. Otto Hünnerkopf und Fraktion (CSU),  
Dr. Andreas Fischer, Thomas Dechant, Tobias Thalhammer und Fraktion (FDP)  
Konsequenzen aus dem Pferdefleischskandal ziehen  
Drs. 16/15729, 16/16263 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Gesundheit

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Maria Noichl u.a. und Fraktion (SPD)  
Bekämpfung des Asiatischen Laubholzbockkäfers  
Drs. 16/15730, 16/16264 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 16.04.2013 zu Tagesordnungspunkt 4: Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Einzelbetriebliche Investitionsförderung (Drucksache 16/15536)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Ackermann</b> Renate	X			<b>Görlitz</b> Erika			
<b>Aiwanger</b> Hubert		X		Dr. <b>Goppel</b> Thomas		X	
<b>Arnold</b> Horst			X	<b>Gote</b> Ulrike	X		
<b>Aures</b> Inge			X	<b>Gottstein</b> Eva		X	
<b>Bachhuber</b> Martin		X		<b>Güll</b> Martin			
Prof. Dr. <b>Barfuß</b> Georg		X		<b>Güller</b> Harald			X
Prof. (Univ. Lima) Dr. <b>Bauer</b> Peter		X		Freiherr von <b>Gumppenberg</b> Dietrich		X	
Prof. Dr. <b>Bausback</b> Winfried		X		<b>Guttenberger</b> Petra		X	
<b>Bause</b> Margarete	X			<b>Hacker</b> Thomas		X	
Dr. <b>Beckstein</b> Günther				<b>Haderthauer</b> Christine			
Dr. <b>Bernhard</b> Otmar		X		<b>Halbleib</b> Volkmar			X
Dr. <b>Bertermann</b> Otto		X		<b>Hallitzky</b> Eike	X		
Dr. <b>Beyer</b> Thomas			X	<b>Hanisch</b> Joachim		X	
<b>Biechl</b> Annemarie		X		<b>Hartmann</b> Ludwig	X		
<b>Biedefeld</b> Susann			X	<b>Heckner</b> Ingrid		X	
<b>Blume</b> Markus		X		<b>Heike</b> Jürgen W.			
<b>Bocklet</b> Reinhold		X		<b>Herold</b> Hans		X	
<b>Breitschwert</b> Klaus Dieter		X		Dr. <b>Herrmann</b> Florian		X	
<b>Brendel-Fischer</b> Gudrun		X		<b>Herrmann</b> Joachim			
<b>Brunner</b> Helmut				Dr. <b>Herz</b> Leopold		X	
Dr. <b>Bulfon</b> Annette		X		<b>Hessel</b> Katja		X	
<b>Dechant</b> Thomas		X		Dr. <b>Heubisch</b> Wolfgang			
<b>Dettenhöfer</b> Petra		X		<b>Hintersberger</b> Johannes		X	
<b>Dittmar</b> Sabine			X	<b>Huber</b> Erwin		X	
<b>Dodell</b> Renate		X		Dr. <b>Huber</b> Marcel			
<b>Donhauser</b> Heinz		X		Dr. <b>Hünnerkopf</b> Otto		X	
<b>Dorow</b> Alex		X		<b>Huml</b> Melanie		X	
Dr. <b>Dürr</b> Sepp				<b>Imhof</b> Hermann		X	
<b>Eck</b> Gerhard		X		<b>Jörg</b> Oliver		X	
<b>Eckstein</b> Kurt		X		<b>Jung</b> Claudia		X	
<b>Eisenreich</b> Georg		X		<b>Kamm</b> Christine	X		
Dr. <b>Fahn</b> Hans Jürgen				<b>Karl</b> Annette			X
<b>Felbinger</b> Günther		X		<b>Kiesel</b> Robert		X	
Dr. <b>Fischer</b> Andreas		X		<b>Klein</b> Karsten		X	
Dr. <b>Förster</b> Linus			X	<b>Kobler</b> Konrad		X	
<b>Franke</b> Anne	X			<b>König</b> Alexander		X	
<b>Freller</b> Karl				<b>Kohnen</b> Natascha			X
<b>Füracker</b> Albert		X		<b>Kränzle</b> Bernd		X	
Prof. Dr. <b>Gantzer</b> Peter Paul			X	<b>Kreuzer</b> Thomas		X	
<b>Gehring</b> Thomas				<b>Ländner</b> Manfred		X	
<b>Glauber</b> Thorsten		X		Freiherr von <b>Lerchenfeld</b> Ludwig		X	
<b>Goderbauer</b> Gertraud		X		Graf von und zu <b>Lerchenfeld</b> Philipp		X	



Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Lorenz</b> Andreas		X	
Prof. <b>Männle</b> Ursula			
Dr. <b>Magerl</b> Christian	X		
<b>Maget</b> Franz			
<b>Matschl</b> Christa		X	
Dr. <b>Merk</b> Beate			
<b>Meyer</b> Brigitte		X	
<b>Meyer</b> Peter			
<b>Miller</b> Josef		X	
<b>Müller</b> Ulrike		X	
<b>Mütze</b> Thomas	X		
<b>Muthmann</b> Alexander		X	
<b>Naaß</b> Christa			X
<b>Nadler</b> Walter		X	
<b>Neumeyer</b> Martin		X	
<b>Nöth</b> Eduard		X	
<b>Noichl</b> Maria			X
<b>Pachner</b> Reinhard		X	
Dr. <b>Pauli</b> Gabriele			
<b>Perlak</b> Reinhold			X
<b>Pfaffmann</b> Hans-Ulrich			X
Prof. Dr. <b>Piazolo</b> Michael		X	
<b>Pohl</b> Bernhard		X	
<b>Pointner</b> Mannfred		X	
<b>Pranghofer</b> Karin			
<b>Pschierer</b> Franz Josef			
Dr. <b>Rabenstein</b> Christoph			X
<b>Radwan</b> Alexander		X	
<b>Reichhart</b> Markus		X	
<b>Reiß</b> Tobias		X	
<b>Richter</b> Roland		X	
Dr. <b>Rieger</b> Franz		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus			X
<b>Ritter</b> Florian			X
<b>Rohde</b> Jörg		X	
<b>Roos</b> Bernhard			X
<b>Rotter</b> Eberhard		X	
<b>Rudrof</b> Heinrich		X	
<b>Rüth</b> Berthold		X	
Dr. <b>Runge</b> Martin	X		
<b>Rupp</b> Adelheid			X
<b>Sackmann</b> Markus		X	
<b>Sandt</b> Julika		X	
<b>Sauter</b> Alfred		X	
<b>Scharfenberg</b> Maria	X		
<b>Schindler</b> Franz			X
<b>Schmid</b> Georg		X	
<b>Schmid</b> Peter			
<b>Schmitt-Bussinger</b> Helga			X
<b>Schneider</b> Harald			X
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schopper</b> Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Schorer</b> Angelika		X	
<b>Schreyer-Stäblein</b> Kerstin		X	
<b>Schuster</b> Stefan			X
<b>Schweiger</b> Tanja		X	
<b>Schwimmer</b> Jakob			
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Sem</b> Reserl		X	
<b>Sibler</b> Bernd			
<b>Sinner</b> Eberhard		X	
Dr. <b>Söder</b> Markus			
<b>Sonnenholzner</b> Kathrin			X
Dr. <b>Spaenle</b> Ludwig		X	
<b>Sprinkart</b> Adi	X		
<b>Stachowitz</b> Diana			X
<b>Stahl</b> Christine			
<b>Stamm</b> Barbara		X	
<b>Stamm</b> Claudia			
<b>Steiger</b> Christa			X
<b>Steiner</b> Klaus		X	
<b>Stewens</b> Christa			
<b>Stierstorfer</b> Sylvia		X	
<b>Stöttner</b> Klaus		X	
<b>Strehle</b> Max		X	
<b>Streibl</b> Florian		X	
<b>Strobl</b> Reinhold			X
<b>Ströbel</b> Jürgen		X	
Dr. <b>Strohmayr</b> Simone			X
<b>Taubeneder</b> Walter		X	
<b>Tausendfreund</b> Susanna	X		
<b>Thalhammer</b> Tobias		X	
<b>Tolle</b> Simone	X		
<b>Unterländer</b> Joachim		X	
Dr. <b>Vetter</b> Karl			
<b>Weidenbusch</b> Ernst			
<b>Weikert</b> Angelika			
Dr. <b>Weiß</b> Bernd			
Dr. <b>Weiß</b> Manfred		X	
Dr. <b>Wengert</b> Paul			X
<b>Werner</b> Hans Joachim			X
<b>Werner-Muggendorfer</b> Johanna			X
<b>Widmann</b> Jutta			
<b>Wild</b> Margit			X
<b>Will</b> Renate		X	
<b>Winter</b> Georg		X	
<b>Winter</b> Peter		X	
<b>Wörner</b> Ludwig			X
<b>Zacharias</b> Isabell			
<b>Zeil</b> Martin		X	
<b>Zeitler</b> Otto			
<b>Zelmeier</b> Josef		X	
Dr. <b>Zimmermann</b> Thomas		X	
<b>Gesamtsumme</b>	15	104	34

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 16.04.2013 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Bernhard Roos u. a. und Fraktion SPD, der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber und Fraktion FREIE WÄHLER; Auflösung der Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Energiewende in Bayern (Drucksache 16/15543)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Ackermann</b> Renate	X			<b>Görlitz</b> Erika		X	
<b>Aiwanger</b> Hubert				Dr. <b>Goppel</b> Thomas		X	
<b>Arnold</b> Horst	X			<b>Gote</b> Ulrike	X		
<b>Aures</b> Inge	X			<b>Gottstein</b> Eva	X		
<b>Bachhuber</b> Martin		X		<b>Güll</b> Martin			
Prof. Dr. <b>Barfuß</b> Georg		X		<b>Güller</b> Harald	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. <b>Bauer</b> Peter	X			Freiherr von <b>Gumppenberg</b> Dietrich		X	
Prof. Dr. <b>Bausback</b> Winfried		X		<b>Guttenberger</b> Petra		X	
<b>Bause</b> Margarete	X			<b>Hacker</b> Thomas		X	
Dr. <b>Beckstein</b> Günther				<b>Haderthauer</b> Christine			
Dr. <b>Bernhard</b> Otmar		X		<b>Halbleib</b> Volkmar	X		
Dr. <b>Bertermann</b> Otto	X			<b>Hallitzky</b> Eike	X		
Dr. <b>Beyer</b> Thomas	X			<b>Hanisch</b> Joachim	X		
<b>Biechl</b> Annemarie		X		<b>Hartmann</b> Ludwig	X		
<b>Biedefeld</b> Susann	X			<b>Heckner</b> Ingrid		X	
<b>Blume</b> Markus		X		<b>Heike</b> Jürgen W.			
<b>Bocklet</b> Reinhold		X		<b>Herold</b> Hans		X	
<b>Breitschwert</b> Klaus Dieter		X		Dr. <b>Herrmann</b> Florian		X	
<b>Brendel-Fischer</b> Gudrun		X		<b>Herrmann</b> Joachim			
<b>Brunner</b> Helmut				Dr. <b>Herz</b> Leopold	X		
Dr. <b>Bulfon</b> Annette		X		<b>Hessel</b> Katja		X	
<b>Dechant</b> Thomas		X		Dr. <b>Heubisch</b> Wolfgang			
<b>Dettenhöfer</b> Petra		X		<b>Hintersberger</b> Johannes		X	
<b>Dittmar</b> Sabine	X			<b>Huber</b> Erwin		X	
<b>Dodell</b> Renate		X		Dr. <b>Huber</b> Marcel		X	
<b>Donhauser</b> Heinz		X		Dr. <b>Hünnerkopf</b> Otto		X	
<b>Dorow</b> Alex		X		<b>Huml</b> Melanie			
Dr. <b>Dürr</b> Sepp				<b>Imhof</b> Hermann		X	
<b>Eck</b> Gerhard		X		<b>Jörg</b> Oliver		X	
<b>Eckstein</b> Kurt		X		<b>Jung</b> Claudia	X		
<b>Eisenreich</b> Georg				<b>Kamm</b> Christine	X		
Dr. <b>Fahn</b> Hans Jürgen				<b>Karl</b> Annette	X		
<b>Felbinger</b> Günther	X			<b>Kiesel</b> Robert		X	
Dr. <b>Fischer</b> Andreas		X		<b>Klein</b> Karsten		X	
Dr. <b>Förster</b> Linus				<b>Kobler</b> Konrad		X	
<b>Franke</b> Anne	X			<b>König</b> Alexander		X	
<b>Freller</b> Karl				<b>Kohnen</b> Natascha	X		
<b>Füracker</b> Albert		X		<b>Kränzle</b> Bernd		X	
Prof. Dr. <b>Gantzer</b> Peter Paul	X			<b>Kreuzer</b> Thomas		X	
<b>Gehring</b> Thomas	X			<b>Ländner</b> Manfred			
<b>Glauber</b> Thorsten	X			Freiherr von <b>Lerchenfeld</b> Ludwig		X	
<b>Goderbauer</b> Gertraud		X		Graf von und zu <b>Lerchenfeld</b> Philipp		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Lorenz</b> Andreas		X	
Prof. <b>Männle</b> Ursula			
Dr. <b>Magerl</b> Christian	X		
<b>Maget</b> Franz			
<b>Matschl</b> Christa		X	
Dr. <b>Merk</b> Beate			
<b>Meyer</b> Brigitte		X	
<b>Meyer</b> Peter	X		
<b>Miller</b> Josef		X	
<b>Müller</b> Ulrike	X		
<b>Mütze</b> Thomas	X		
<b>Muthmann</b> Alexander	X		
<b>Naaß</b> Christa	X		
<b>Nadler</b> Walter		X	
<b>Neumeyer</b> Martin		X	
<b>Nöth</b> Eduard		X	
<b>Noichl</b> Maria	X		
<b>Pachner</b> Reinhard		X	
Dr. <b>Pauli</b> Gabriele			
<b>Perlak</b> Reinhold	X		
<b>Pfaffmann</b> Hans-Ulrich			
Prof. Dr. <b>Piazolo</b> Michael	X		
<b>Pohl</b> Bernhard	X		
<b>Pointner</b> Mannfred	X		
<b>Pranghofer</b> Karin			
<b>Pschierer</b> Franz Josef			
Dr. <b>Rabenstein</b> Christoph	X		
<b>Radwan</b> Alexander		X	
<b>Reichhart</b> Markus	X		
<b>Reiß</b> Tobias		X	
<b>Richter</b> Roland		X	
Dr. <b>Rieger</b> Franz		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus	X		
<b>Ritter</b> Florian	X		
<b>Rohde</b> Jörg		X	
<b>Roos</b> Bernhard	X		
<b>Rotter</b> Eberhard		X	
<b>Rudrof</b> Heinrich		X	
<b>Rüth</b> Berthold		X	
Dr. <b>Runge</b> Martin	X		
<b>Rupp</b> Adelheid	X		
<b>Sackmann</b> Markus		X	
<b>Sandt</b> Julika		X	
<b>Sauter</b> Alfred		X	
<b>Scharfenberg</b> Maria	X		
<b>Schindler</b> Franz	X		
<b>Schmid</b> Georg		X	
<b>Schmid</b> Peter			
<b>Schmitt-Bussinger</b> Helga	X		
<b>Schneider</b> Harald	X		
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schopper</b> Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Schorer</b> Angelika		X	
<b>Schreyer-Stäblein</b> Kerstin		X	
<b>Schuster</b> Stefan	X		
<b>Schweiger</b> Tanja	X		
<b>Schwimmer</b> Jakob			
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Sem</b> Reserl		X	
<b>Sibler</b> Bernd			
<b>Sinner</b> Eberhard		X	
Dr. <b>Söder</b> Markus			
<b>Sonnenholzner</b> Kathrin	X		
Dr. <b>Spaenle</b> Ludwig			
<b>Sprinkart</b> Adi	X		
<b>Stachowitz</b> Diana	X		
<b>Stahl</b> Christine			
<b>Stamm</b> Barbara		X	
<b>Stamm</b> Claudia	X		
<b>Steiger</b> Christa	X		
<b>Steiner</b> Klaus		X	
<b>Stewens</b> Christa			
<b>Stierstorfer</b> Sylvia		X	
<b>Stöttner</b> Klaus		X	
<b>Strehle</b> Max		X	
<b>Streibl</b> Florian	X		
<b>Strobl</b> Reinhold	X		
<b>Ströbel</b> Jürgen		X	
Dr. <b>Strohmayr</b> Simone			
<b>Taubeneder</b> Walter		X	
<b>Tausendfreund</b> Susanna	X		
<b>Thalhammer</b> Tobias		X	
<b>Tolle</b> Simone	X		
<b>Unterländer</b> Joachim		X	
Dr. <b>Vetter</b> Karl			
<b>Weidenbusch</b> Ernst			
<b>Weikert</b> Angelika	X		
Dr. <b>Weiß</b> Bernd			
Dr. <b>Weiß</b> Manfred		X	
Dr. <b>Wengert</b> Paul	X		
<b>Werner</b> Hans Joachim			
<b>Werner-Muggendorfer</b> Johanna	X		
<b>Widmann</b> Jutta			
<b>Wild</b> Margit	X		
<b>Will</b> Renate			
<b>Winter</b> Georg		X	
<b>Winter</b> Peter		X	
<b>Wörner</b> Ludwig	X		
<b>Zacharias</b> Isabell			
<b>Zeil</b> Martin			
<b>Zeitler</b> Otto			
<b>Zelmeier</b> Josef		X	
Dr. <b>Zimmermann</b> Thomas		X	
<b>Gesamtsumme</b>	65	83	0